

Scholz, Anja

Kinderlosigkeit in Deutschland

Fertilität in historischer, theoretischer und familienpolitischer Betrachtung

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2013

Erstprüfer: Prof. Dr. phil. Wolfgang Scherer

Zweitprüfer: Prof. Dr. phil. Isolde Heintze

Bibliographische Beschreibung:

Scholz, Anja:

Kinderlosigkeit in Deutschland – Fertilität in historischer, theoretischer und familienpolitischer Betrachtung.

Roßwein, Hochschule Mittweida/ Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,
Bachelorarbeit, 2013

Referat:

Die vorliegende Bachelorarbeit betrachtet aktuelle Studien sowie Fachliteratur zur Fertilität, die sich mit dem historischen und zeitgeistigen Kontext gewollter Kinderlosigkeit in Deutschland beschäftigt.

Der Schwerpunkt liegt auf den Ursachen und Umständen der Fertilitätsrückgänge und nimmt Bezug auf aktuelle Theorieansätze zur Fertilitätserklärung sowie auf familienpolitische Maßnahmen zur Beeinflussung des Fertilitätsverhaltens.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Tabellenverzeichnis

I EINLEITUNG	1
II HISTORISCHE BETRACHTUNG DER FERTILITÄT	4
2.1 Fertilität im 11. bis 18. Jahrhundert	5
2.2 Fertilität im 19. und 20. Jahrhundert.....	7
2.2.1 Die Theorie des demografischen Übergangs.....	7
2.2.2 Die Geburtenrückgänge.....	10
2.2.3 Kontexte des säkularen Geburtenrückgangs.....	11
2.2.4 Kontexte des zweiten Geburtenrückgangs	12
2.3 Bevölkerungsdiskurse	14
III FERTILITÄTSTHEORIEN UND TRENDS.....	21
3.1 Fertilitätstheorien.....	21
3.1.1 Das Lebenslaufkonzept.....	21
3.1.2 Die evolutionäre Anthropologie	23
3.1.3 Ökonomische Theorien	25
3.1.4 Soziologische Theorien	27
3.2 Aktuelle Zahlen zur Fertilität	29
3.2.1 Statistische Zahlen zur Perioden- und Kohortenfertilität	29
3.2.2 Fertilität und Familienentwicklung.....	32
3.2.3 Paarbeziehungen und Fertilität	34
3.2.4 Die Verbindung von Bildungsstand und Fertilität.....	35
IV FAMILIENPOLITIK UND FERTILITÄT	36
4.1 Politische Leistungen und Wirksamkeit.....	36
4.1.1 Kindergeld und Kinderfreibetrag	38
4.1.2 Betreuungsangebot.....	40
V SCHLUSSBEMERKUNGEN.....	45
<i>Anlagen.....</i>	<i>47</i>
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>55</i>
<i>Erklärung zur Selbstständigen Anfertigung der Arbeit.....</i>	<i>61</i>

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Idealtypischer Verlauf des demographischen Übergangs	7
Abb. 2: Schematische Darstellung des demografischen Übergangs	8
Abb. 3: Fertilitätsentwicklung zwischen 1841 und 1997 (ab 1949 BRD und DDR)	11
Abb. 4: 900jährige Bevölkerungsentwicklung in einer Statistik von 1741 (bereits weiterentwickelte Statistik)	15
Abb. 5: Eugenische Schautafel, 1923	18
Abb. 6: Periodenfertilität für Ost- und Westdeutschland, 1945 bis 2010	30
Abb. 7: Kohortenfertilität der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1970 für Ost- und Westdeutschland (Stand: 2010)	31
Abb. 8: Kohortenfertilität für Ost- und Westdeutschland, ab 1961 Vorausberechnungen	32
Abb. 9: Nichtehelichenquote für Ost- und Westdeutschland, 1946 bis 2010	34
Abb. 10: Ehe- und familienbezogene Leistungen 2010	36
Abb. 11: Die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (Stand 01.03.2010) sowie Ziele des Ausbaus	41
Abb. 12: Erwerbstätigkeit von Müttern der unter 3-jährigen	43
Abb. 13: Einflussfaktoren auf das Fertilitätsverhalten	50

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kinderlosigkeit und Fertilitätsrückgang , Kohorten 1940, 1941, 1965 und 1966	33
Tabelle 2: Kohortenfertilität und Kinderlosigkeit nach Bildungsabschluss	35

I EINLEITUNG

Die seit Jahrzehnten anhaltenden niedrigen Geburtenraten in Deutschland werden seit Langem in der Wissenschaft, der Politik und der Öffentlichkeit diskutiert. Die unüberschaubare Anzahl an Forschungsarbeiten zu diesem Thema erschwert es, einen Gesamtüberblick zu erhalten. Die Debatte wird häufig an den Problemen der Gesellschaft, wie dem drohenden Fachkräftemangel oder der Rentenlücke, nach dem Motto: „*Ein ewigwährende Untergang*“ (Etzemüller 2007, Titel) ausgerichtet. Derartige Diskurse sind den Wahrnehmungen und deren Interpretation unterworfen und können daher entgegengesetzt verlaufen bzw. dargestellt werden. Eine neue konstruktive Studie einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft und der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften zum Thema Fertilität „*Zukunft mit Kindern – Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung*“ (Stock, Bertram, Fürnkranz-Prskawetz u. a. 2012) erforscht die Ursachen niedriger Fertilitätsraten in Deutschland, Österreich und der Schweiz umfangreich aus historischer, theoretischer, demografischer, familienpolitischer, medizinischer und biologischer Perspektive. Des Weiteren liegen aktuelle Teilforschungsberichte der von der Bundesregierung 2009 an die Prognos AG in Auftrag gegeben „*Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen*“ (Prognos AG 2012) vor. Die familienpolitischen Maßnahmen sind erstmals auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auf die wirtschaftliche Stabilität, Armut und Armutsgefährdung, soziale Teilhabe von Familien und Fertilität beziehungsweise auf die Realisierung von Kinderwünschen wissenschaftlich überprüft worden. Die vorliegende Bachelorarbeit untersucht vor diesem Hintergrund die Kinderlosigkeit aus historischer Perspektive, um herauszufinden, inwieweit niedrige Geburtenraten eine Erscheinung der Moderne sind, welche theoretischen Ansätze in Betracht kommen, um das Fertilitätsverhalten zu erklären und nimmt Bezug auf familienpolitische Maßnahmen, die geeignet sind, das Fertilitätsverhalten zu beeinflussen.¹

Der Aufbau der vorliegenden Forschungsarbeit orientiert sich vorrangig an der Forschungsfrage. In diesem Kapitel werden die notwendigen fachspezifischen Begriffe der Fertilitätsforschung, wie die Periodenfertilität oder die Kohortenfertilität, zur Einleitung aufgeführt und zum besseren Verständnis der Berechnungsgrundlagen erläutert. Die historische Aufarbeitung als Grundlage der Fertilität wird in Kapitel II dargestellt. Zum Verständnis der heutigen Entwicklung wird das Geburtenverhalten unter den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und

¹ Die vorgelegte Forschungsarbeit legt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern lediglich auf die mögliche Beantwortung im vorgegebenen Rahmen.

aus historischer demografischer Sichtweise zwischen der frühen Neuzeit und dem 20. Jahrhundert in Deutschland skizziert. Auch wird Bezug auf die aufkommenden Bevölkerungsfragen im 19. Jahrhundert genommen. Ein ausgewählter Überblick über die theoretischen Ansätze zur Erklärung der Fertilität und des Fertilitätsverhaltens wird im Kapitel III aufgezeigt und beschrieben. Unter Einbezug statistischer Werte der Fertilitätsanalyse wird deutlich, dass Fertilität von einer Vielzahl von Einflussfaktoren abhängig ist. Die familienpolitischen Maßnahmen und ihre Wirksamkeit auf das Fertilitätsverhalten werden im Kapitel IV, anhand des Kindergeldes und des Ausbaus der öffentlichen Kinderbetreuungsplätze für die unter drei Jährigen, beschrieben. Kapitel V fasst alle wichtigen Ergebnisse der Forschungsfrage zusammen.

Im Folgenden wird kurz auf die wichtigsten Fachbegriffe zum besseren Verständnis eingegangen. **Fertilität**² ist ein demographischer Begriff und Gegenstand der Bevölkerungssoziologie³ und unter ihr wird der soziale Vorgang der Nachwuchserzeugung bzw. das generative Verhalten verstanden. (vgl. Niephaus 2012, 50) Mit der Fertilität wird die *„Zahl der Kinder, die eine Person, eine Gruppe von Personen oder eine ganze Bevölkerung im Lebenslauf oder in einer bestimmten Zeitperiode hervorbringt.“* (Gabler Wirtschaftslexikon 2013, Fertilität, Herv. d. A. S.) zusammengefasst.

Die Messung der Fertilität kann auf zwei unterschiedlichen Weisen durchgeführt werden. Zum einen misst die **Kohortenfertilität** die endgültige Kinderzahl eines Geburtsjahrganges. Diese Erfassung wird als Längsschnitt bzw. Kohortenmaß bezeichnet. Erst nach Erreichen des betreffenden Frauenalters von 45 oder 50 Jahren, d. h. nach dem gebärfähigen Alter einer Frau, kann die Kohortenfertilität berechnet werden. Als Indikator wird die zusammengefasste Kohortenfertilitätsziffer (CFR - Cohort Fertility Rate oder Completed Fertility Rate) verwendet. Die Berechnung⁴ pro Frau ist dann durch 1.000 zu dividieren. (vgl. BiB 2013, Endgültige Kinderzahl/ Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld 2012, 117/118)

² Weitere Elemente der Bevölkerungsentwicklung sind die Mortalität (Sterbefälle) und die Wanderungsbewegungen (Migration). (vgl. Höpflinger 2012, 12 ff.)

³ Die *Bevölkerungswissenschaft* wird als ein transdisziplinäres Forschungsgebiet verstanden, welches erst unter Einbeziehung von Statistik, Ökonomie, Soziologie und Geschichte ermöglicht, demografische Entwicklungen zu verstehen. *„Ein wichtiges Merkmal der modernen Bevölkerungssoziologie – im weitesten Sinne als gesellschaftstheoretische Analyse und Diskussion bevölkerungsstatistisch feststellbarer Wandlungen zu verstehen – ist ihre disziplinübergreifende Perspektive.“* (Höpflinger 2012, 14, Herv. d. A. S.)

⁴ Die Berechnung der Kohortenfertilität ist wie folgt durchzuführen:

*„Die altersspezifische Geburtenziffer der 15-jährigen Frauen des Geburtsjahrganges y aus dem Jahr t
+ altersspezifische Geburtenziffer der 16-jährigen Frauen des Geburtsjahrganges y aus dem Jahr t+1
+ altersspezifische Geburtenziffer der 17-jährigen Frauen des Geburtsjahrganges y aus dem Jahr t+2 usw. bis
+ altersspezifische Geburtenziffer der 44-jährigen Frauen des Geburtsjahrganges y aus dem Jahr t+29 oder*

Zum anderen wird mit der **Periodenfertilität** die Geburtenhäufigkeit einer bestimmten Zeitperiode gemessen und ist somit eine hypothetische Kennziffer. Diese „... *gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden.*“ (BIB 2012, Zusammengefasste Geburtenziffer, Herv. d. A. S.). Hier wird als Indikator die zusammengefasste Geburtenziffer⁵ (TFR – Total Fertility Rate) angewandt. Die Berechnung der TFR ergibt „... *sich aus der Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern von Alter 15 bis 45 bzw. 49.*“ (ebd., Herv. d. A. S.) und ebenso ist der sich daraus ergebende Wert für die Berechnung pro Frau durch 1.000 zu dividieren. (vgl. ebd./ Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 117 ff.)

Die Definition des damit in Verbindung stehenden Bestanderhaltungsniveaus einer Gesellschaft lautet: „*Das Bestanderhaltungsniveau entspricht dem Geburtenniveau, bei dem der Erhalt der Elterngeneration durch die Kindergeneration gesichert ist*“ (BiB 2012, Bestanderhaltungsniveau, Herv. d. A. S.) Veränderungen im Bestanderhaltungsniveau finden durch den historischen Rückgang der Sterblichkeit statt. Es müssen 1.000 Mädchen je 1.000 Frauen (bis 49 Jahre) geboren werden, um von einem einfachen Elternersatz⁶ zu sprechen. Die Berechnung erfolgt mittels der zusammengefassten Geburtenziffer, die durch die Nettoproduktionsziffer dividiert wird. (vgl. ebd.)

+ *altersspezifische Geburtenziffer der 49-jährigen Frauen des Geburtsjahrganges y aus dem Jahr t+34*“ (BIB 2012, Endgültige Kinderzahl, Herv. d. A. S.).

⁵ „*Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich im Laufe des Lebens hätte, wenn die zu einem einheitlichen Zeitpunkt ermittelten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für den gesamten Zeitraum ihrer fruchtbaren Lebensphase gelten würden. Die Werte sind Schätzungen der Weltbank auf der Basis verschiedener Quellen (Volkszählungen, United Nations Population Division, Eurostat, nationale Statistikämter, nationale Haushaltserhebungen und Macro International).*“ (Destatis 2013, Zusammengefasste Geburtenziffer, Herv. d. A. S.)

⁶ „*Ist die Zahl größer bzw. kleiner als 1.000, hat ein erweiterter oder reduzierter Ersatz der Elterngeneration stattgefunden, dies wird mit der sogenannten Nettoreproduktionsziffer berechnet.*“ (BiB, Bestanderhaltungsniveau, Herv. d. A. S.). Bei der Nettoreproduktionsziffer bzw. Nettoreproduktionsrate wird die Sterblichkeit der sich im reproduktiven Alter befindlichen Frauen berücksichtigt. „*Wie bei der Sterbetafel wird eine hypothetische Generation von in der Regel 100.000 Frauen betrachtet und es wird untersucht, wie viele Töchter diese Frauen zur Welt bringen würden, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern und die Sterbeziffern des betrachteten Kalenderjahres über das gesamte gebärfähige Alter der Frauen gelten würden. Sind von den 100.000 Frauen im Laufe ihres Lebens wiederum 100.000 Mädchen zur Welt gebracht worden, beträgt die Nettoreproduktionsziffer 1, damit hätte ein einfacher Ersatz der Elterngeneration stattgefunden.*“ (BiB 2012, Nettoreproduktionsziffer, Herv. d. A. S.)

II HISTORISCHE BETRACHTUNG DER FERTILITÄT

Um den heutigen Fertilitätsdiskurs beschreiben und einordnen zu können, ist es notwendig, die geschichtlichen Verhältnisse zu kennen und zu verstehen. Lange wurde angenommen, dass homogene Muster in der humanen Fortpflanzung zu finden seien. Neuere historisch-demografische Forschungen zeigen, dass keine klare Abgrenzung zwischen der vormodernen Fortpflanzung und der modernen Intention der bewussten Nachwuchssteuerung möglich ist bzw. gezogen werden kann. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 32 ff.)

Zum einen stand das Für und Wider einer Schwangerschaft und Geburt immer im Kontext des **Individuums und der Gesellschaft**. Entscheidungen über Mutter- und Vaterschaft war über einen langen Zeitraum eine Pflicht gegenüber einer übergeordneten Instanz wie zum Beispiel dem Staat oder der Kirche. Die individuelle Entscheidung des Einzelnen, wie sie heute praktiziert wird, hat sich erst spät durchgesetzt. Zum anderen ist das Verhältnis der **übergeordneten Instanzen zueinander** von Bedeutung gewesen. So richtete sich auch immer der Fokus auf unter anderem ethnische und/oder religiöse Kontexte, die eng mit der Fertilität verknüpft sind beziehungsweise waren. Seit dem 17. Jahrhundert verbindet die Politik pronatalistischen⁷ mit antinatalistischen⁸ Absichten. Im nachfolgenden Abschnitt werden zum einen die demografischen Verhältnisse des vormodernen Europa und der Übergang zur Moderne, zum anderen die damaligen Fertilitätsdiskurse, die die Wahrnehmung der Menschen prägten und somit auch politisches Handeln legitimierten, beschrieben. (vgl. ebd., 33 ff.)

⁷ Pronatalistisch: „*gegenüber den als erwünscht geltenden Gruppen*“ (Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 33, Herv. d. A. S.)

⁸ Antinatalistisch: „*gegenüber unerwünschten Gruppen*“ (ebd., 33, Herv. d. A. S.)

2.1 Fertilität im 11. bis 18. Jahrhundert

Im mittelalterlichen beziehungsweise frühneuzeitlichen christlich geprägten Europa galt einzig die Ehe als legitimer Rahmen der Fortpflanzung. Heute unumstritten von der Wissenschaft, herrschte in Deutschland das „*nordwesteuropäische Heiratsmuster*“ (Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 36, Herv. d. A. S.), das die historische Demografie⁹ als „*European Marriage Pattern*“ (ebd., 35, Herv. d. A. S.) bezeichnet. Die Heirat war an eine wirtschaftliche und unabhängige Selbstständigkeit der jeweils Heiratswilligen gebunden. Dies hatte u. a. zur Folge, dass Frauen wie Männer ein hohes Heiratsalter hatten, im Durchschnitt 25 bis 27 Jahre sowie ein signifikanter Teil von bis zu 20 Prozent der Frauen und Männer zeitlebens unverheiratet und kinderlos blieben. (vgl. ebd., 35)

Das Bedürfnis, sexuelle Beziehungen auch außerhalb der Ehe einzugehen, bestand natürlich. Jedoch wurde bewusst versucht, Schwangerschaften zu vermeiden. Auch Textzeugnisse des 17. und 18. Jahrhunderts der oberen Schichten belegen, dass empfängnisverhütende Möglichkeiten von Frauen diskutiert worden sind, die nach zwei Geburten keine weiteren Kinder wollten. Statistische Werte belegen auch, dass es Abweichungen bei einer größeren Bevölkerungsgruppe von der natürlichen Fertilität gab. *Stopping*¹⁰ und *Spacing*¹¹ lassen Rückschlüsse auf eine Adaption an soziale und ökonomische Gegebenheiten zu. So ist zum Beispiel nachgewiesen, dass im südlichen Ungarn im 18. Jahrhundert *Ein-Kind-Familien* existierten. So beschreibt Ulrich Pfister (1985) dieses Familiensystem in der Oberschicht Zürichs. Auch wenn keine Geburtenkontrolle betrieben wurde, kann heute davon ausgegangen werden, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme bekannt waren und bei Bedarf angewandt wurden. Die Einflussnahme auf die Fertilität wurde im 16. bis 18. Jahrhundert mit drei derzeit bekannten Methoden durchgeführt: erstens die Empfängnisverhütung, wie unter anderem nicht-vaginale Sexualpraktiken oder das Einführen von mit diversen Tinkturen getränkten Schwämmen in die Vagina; zweitens die Abtreibung, durch zum Beispiel das Heben schwerer Lasten und drittens wurde das Töten der neugeborenen Säuglinge, durch unter anderem bewusste Vernachlässigung oder das Erdrücken, praktiziert. Von der Kirche wurden nicht nur Kindstötun-

⁹ Daten über Geburten- und Sterberaten wurden größtenteils von staatlichen Einrichtungen, Kommunen und Kirchen gesammelt. Im 16. Jahrhundert begannen Kirchen flächendeckend, Registrierungen vorzunehmen. Ab 1875 wurde in Deutschland ein einheitlich geltendes Register eingeführt. (vgl. Ehmer 2004, 3)

¹⁰ Die Bezeichnung *stopping* wird verwendet, wenn von einem Unterbinden weiterer Schwangerschaften, bei einer subjektiven Anzahl von überlebenden Kindern, gesprochen wird. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 37)

¹¹ *Spacing* hingegen wird verwendet, wenn das Herausschieben der Schwangerschaft bzw. Geburt gemeint ist. (vgl. ebd., 37)

gen, sondern auch Abtreibungen strafrechtlich verfolgt. Es finden sich im Volksglauben auch positive Interpretationen dieser Praktiken, wie den direkten Weg zum Himmel und Schutz vor der Sünde auf Erden. Zur intendierten Einflussnahme kommt die natürliche Variation der Fruchtbarkeit der Menschen, wie hohe Sterberaten, unzureichende Ernährungszustände, Seuchen oder auch die hohe Arbeitsmobilität im vorindustriellen Europa. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 33 ff.)

Wie an dieser Stelle ersichtlich wird, war die Anzahl der Kinder eines Ehepaares, bis auf die im Durchschnitt sozialen und regionalen Unterschiede, nicht so hoch, wie weitläufig angenommen. Durch die hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit¹² hatte ein Paar durchschnittlich oft weniger als fünf Kinder. Zwölf oder mehr Geburten gab es natürlich, aber diese waren selten. Bei derartigen Durchschnittsberechnungen ist, wie oben genannt, zu beachten, dass es ebenso einen hohen Anteil von Menschen gab, die über ihre ganze Lebensspanne hinweg, ungeachtet der Gründe, keine Kinder bekamen. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 39)

Eine demographische Ausnahme stellt der Kinderreichtum des 19. Jahrhunderts im Zuge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse dar. Während des Übergangs vom vormodernen Europa zur Industriegesellschaft fanden zum einen Veränderungen zu Fortpflanzung und Sexualität, wie ein Ansteigen der unehelichen Geburten in Groß- und Industriestädten, statt. Zum anderen brachte dies auch neue Bedingungen und Verhaltensweisen hervor. So stiegen beispielsweise die Anzahl verheirateter Frauen- und ebenso die Zahl der Geburten an. Beides zusammen bewirkte ein leichtes Ansteigen der Fertilitätsrate. Der Anstieg der Fertilitätsrate hatte ebenso zur Grundlage, dass der wirtschaftliche Wert von Kindern zunahm und die Kinder- und Säuglingssterberate abnahm. (vgl. ebd., 39 ff.)

¹² Von Säuglingssterblichkeit wird gesprochen, wenn der Nachwuchs das erste Lebensjahr nicht erreicht und von Kindersterblichkeit, wenn dieser vor dem 15. Lebensjahr stirbt. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 39)

2.2 Fertilität im 19. und 20. Jahrhundert

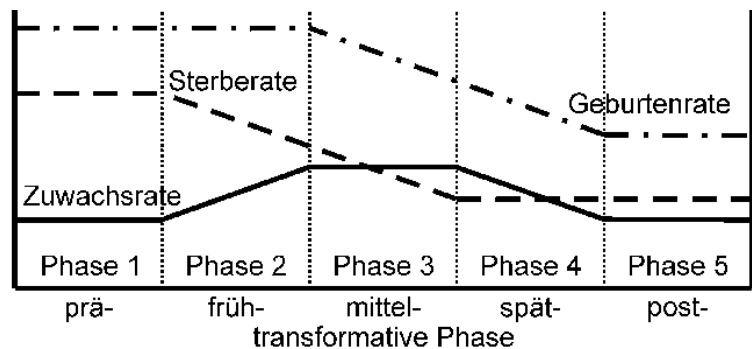
2.2.1 Die Theorie des demografischen Übergangs

Der Begriff des *demographischen Übergangs* wurde von NOTESTEIN (1945/ 1950) geprägt und stellt ein theoretisches Konstrukt dar, um den Wandel der globalen Bevölkerungsgeschichte¹³ durch die Industrialisierung und die Modernisierung beschreiben zu können. Es wird versucht, Gemeinsamkeiten von demografischen Veränderungen, welche sich unter anderem im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, in Kolonien und in Entwicklungsländern des 20. Jahrhundert zeigten¹⁴, in eine Reihenfolge zu bringen. Die erste schematische Darstellung dieses theoretischen Konzeptes umfasste anfänglich 3 Phasen, wurde jedoch in den 1980er Jahren kritisch beurteilt und weiterentwickelt. Die aktuelle, idealtypische Theorie, wie in Abbildung 1 zu sehen ist, umfasst 5 Phasen. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 481 ff., Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

Spezifisch auf Europa und Deutschland bezogen wird der Wandel wie folgt beschrieben:

Phase 1: (Prätransformationsphase - Vorbereitung) Die Geburten- und Sterberaten waren im vormodernen Europa hoch. Die durchschnittliche Lebenserwartung war gering und das Bevölkerungswachstum war folglich mäßig ausgeprägt. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 481 ff., Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

Abb. 1: Idealtypischer Verlauf des demographischen Übergangs



Quelle: Linksdemografie 2013

Phase 2: (Frühtransformationsphase - Einleitung) Die Sterblichkeit begann im Zuge des Modernisierungsprozesses (18. bzw. im Verlauf des 19. Jahrhunderts) zu sinken bei gleichbleibend hohen Geburtenzahlen. Dazu stieg die allgemeine Lebenserwartung und es kam zu

¹³ Anzumerken ist, dass Veränderungen hinweg über alle Jahrhunderte durch verschiedene Regionen und selbst innerhalb von Ländern nicht zeitgleich verlaufen. (vgl. Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

¹⁴ Einflüsse von außen finden im Modell keine Beachtung. „...ein wesentlicher Unterschied: In Europa und Nordamerika kam der Übergang zu niedriger Sterblichkeit und weniger Geburten durch die Entstehung moderner, städtischer Industriegesellschaften quasi „von selbst“ in Gang. In vielen Entwicklungsländern war und ist dies nicht der Fall.“ (Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang, Herv. d. A. S.). Durch unter anderem den Einsatz von Arzneimitteln aus den Industriestaaten vollzieht sich der Übergang wesentlich schneller, als dies in Deutschland (Königreich Preußen, Deutsches Reich und BRD bzw. Deutschland) beziehungsweise Europa der Fall war. (vgl. ebd.)

einem Bevölkerungsanstieg. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 481 ff., Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

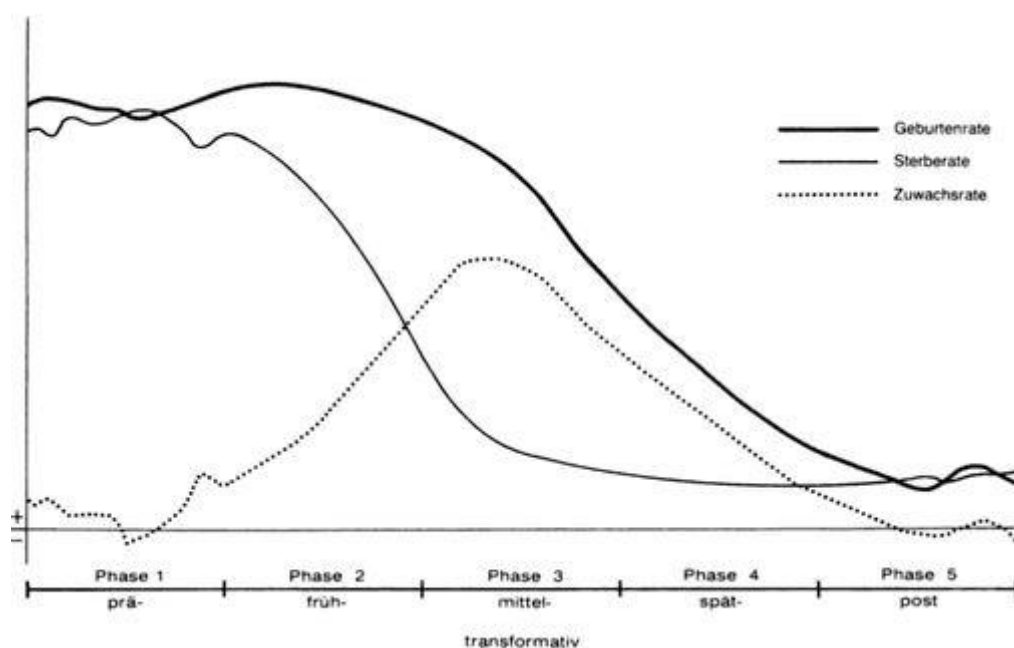
Phase 3: (Mitteltransformationsphase – Umschwung) Die Lebensbedingungen veränderten sich. Die Geburtenzahlen begannen zu sinken, damit reagierten die Familien auf die abnehmende Säuglings- und Kindersterblichkeiten. Folglich verlangsamte sich das Wachstum der Bevölkerung. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 481 ff., Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

Phase 4: (Spättransformationsphase – Einlenkung) Die Folge davon war, dass sich die Geburten auf ein niedriges Niveau einpendelten. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 481 ff., Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

Phase 5: (Posttransformationsphase – Ausklingen) In der schematischen Darstellung (Abb. 2) zeigt sich ein Annähern bzw. Gleichgewicht der Geburten- und Sterberaten. Die Erfahrungen aus den letzten 30 Jahren Europas zeigen jedoch, dass die rohe Fertilitätsrate deutlich unter die rohe Sterberate sank. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 481 ff., Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

Abb. 2: Schematische Darstellung des demografischen Übergangs

(einschließlich Bevölkerungswachstum)



Quelle: Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 481

Die **Kritikpunkte** an diesem Modell lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Das Modell kann die europäische Bevölkerungsgeschichte und Entwicklung nicht differenziert genug erfassen. Forschungen der letzten 30 Jahre belegen enorme Unterschiede beim Rückgang der Fertilitäts- wie auch der Mortalitätsraten. Keine Beachtung finden die Zeitunterschiede zu Beginn des Übergangs. Die darauf wirkenden Einflüsse und Eingriffe, wie natürliche Bevölkerungsbewegungen oder auch die Dauer des Transformationsvorgangs, bleiben somit unberücksichtigt. Ebenso weisen die Höhe und der Abstand der Sterbe- und Geburtenziffern eine enorme Distanz auf.¹⁵ (vgl. Berlin Institut/ Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 491/ Berlin-Institut 2012)
2. Der theoretische Ansatz hat keine Allgemeingültigkeit und ist immer auch von kulturellen Gegebenheiten abhängig. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 492, Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)
3. Die bestimmenden Faktoren und die Korrelationen sind nicht hinreichend geklärt. Die hypothetisch angenommene enge Beziehung zwischen Fruchtbarkeit, Urbanisierung und Industrialisierung trifft selbst in Europa nur bedingt zu. Ebenso ist es aus heutiger Sicht noch nicht ausreichend gelungen, die Relationen zwischen Mikro-, Meso, und Makroebene zu verbinden. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 492, Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)
4. Zugleich können mit dem Modell keine Prognosen, wie unter anderem über Fertilitäts- und Mortalitätsraten, über den zeitlichen Ablauf, die Abfolge der Veränderungen der Fertilitäts- und Mortalitätsraten, getroffen werden. Auch wenn der Wandel vollendet ist, kann nicht abgeleitet werden, welche Bevölkerungsentwicklung eintritt. Es ist nicht auszuschließen, dass beispielsweise das Fertilitätsniveau langfristig unter das Mortalitätsniveau sinkt und somit eine degressive Bevölkerungsentwicklung in Gang gesetzt wird. (vgl. Bähr, Jentsch, Kuls 1992, 492, Berlin-Institut 2012, Demographischer Übergang)

¹⁵ Die Kritik kann mit dem *variablen Modell des demographischen Übergangs* eine angemessene Berücksichtigung finden, da es verschiedene Kurven aufweist (jeweils für Sterbe- wie Geburtenrate) und somit flexibler ist. (vgl. Uni Protokolle)

2.2.2 Die Geburtenrückgänge

Der Geburtenrückgang (Abb. 2) des 20. Jahrhunderts wurde gemäß der Theorie des demografischen Übergangs lange als zusammenhängender Prozess interpretiert. Die Kritik in den 80er Jahren an dem Konzept hatte zur Folge, dass erstmals durch LESTHAEGHE und VAN DE KAA ein Versuch unternommen wurde, zwischen erstem und zweitem Geburtenrückgang zu unterscheiden. Der Fertilitätsrückgang vollzog sich danach zwischen 1870 und 2010 in fünf Phasen:

- | | |
|-------------------------|---|
| 1. Phase: 1870 bis 1920 | Säkularer Fertilitätsrückgang |
| 2. Phase: 1920 bis 1945 | Relative Stabilisierung (2,0 bis 2,5 Geburten) |
| 3. Phase: 1945 bis 1965 | Babyboom |
| 4. Phase: 1965 bis 1985 | Zweiter Fertilitätsrückgang |
| 5. Phase: 1985 bis 2010 | Relative Stabilisierung (1,3 bis 2,0 Geburten) (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 44) |

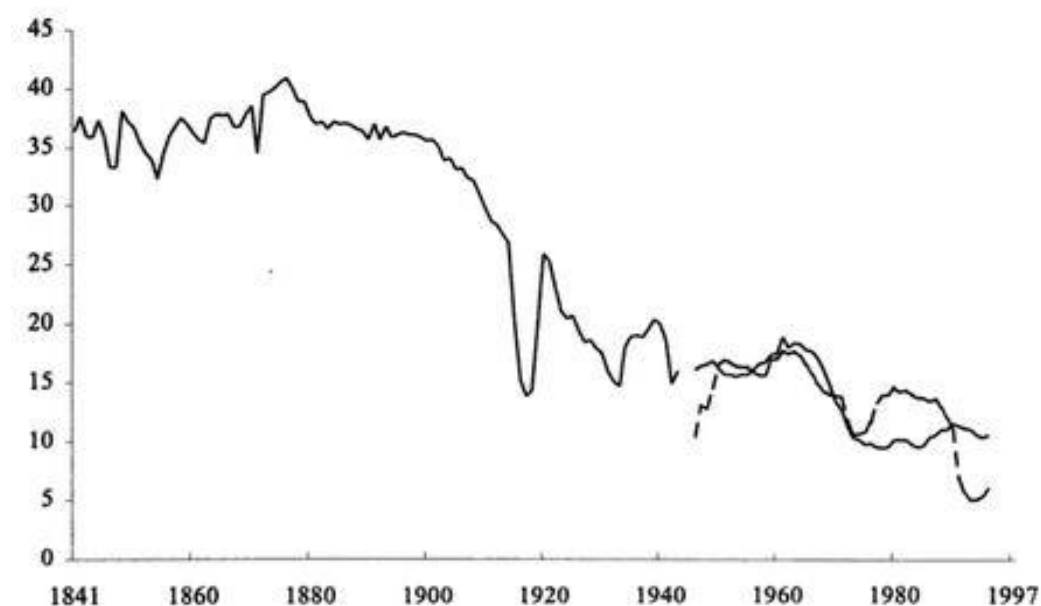
Der Ansatz wird kontrovers diskutiert. Jedoch beschreibt dieser, dass beide Fertilitätsrückgänge Gemeinsamkeiten aufzeigten und ebenso partiell unter unterschiedlichen sozialen Hintergründen stattfanden. Eine Affinität zeigte sich auch darin, dass der Anteil der unehelichen Geburten anstieg. Diskrepanzen finden sich daneben im traditionellen Familien- und Heiratsverhalten, welches im ersten Geburtenrückgang eine Aufwertung erfuhr, während der zweite Geburtenrückgang in einen dynamischen Wandel der Formen des Zusammenlebens eingebettet war. Dies bedeutete beispielsweise, dass Lebensgemeinschaften von unverheirateten Paaren zunahmen und somit gesellschaftliche, wie auch rechtliche Akzeptanz fanden. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 44, 45)

Auch die Variabilität der Ursachen der Geburtenrückgänge zeigt sich zum einen in den Entscheidungen der sozialen Bevölkerungsgruppen, die durch ein hohes Maß an Eigenwilligkeit und individueller Entscheidung gekennzeichnet sind. So verdeutlichen die Datensammlung des *Princeton European Fertility Projekts* und anderer lokaler Studien zur historischen Demographie, dass auch unter ähnlichen ökonomischen Rahmenbedingungen und in direkter Nachbarschaft lebende Bevölkerungsgruppen teilweise sehr unterschiedliche demographische Kennziffern aufweisen können. Es existiert demnach kein direkter Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Stand und dem Geburtenniveau einer Bevölkerungsgruppe oder einer Gesellschaft. Auch übergreifende kulturelle Muster sind nicht ausreichend differenziert, um lokale Traditionen und Netzwerke, an denen sich Bevölkerungsgruppen orientieren, zu erfassen. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 46)

2.2.3 Kontexte des säkularen Geburtenrückgangs

Noch zwischen 1816 und dem 27.07.1914 (Vorabend des 1. Weltkrieges) war ein enormes Bevölkerungswachstum¹⁶ von geschätzten 25 Millionen auf rund 68 Millionen Menschen in Deutschland zu verzeichnen. Doch bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts war erstmals ein signifikanter Rückgang der Geburten neben den kriegsbedingt auftretenden Schwankungen zu beobachten, wie in Abbildung 3 zu sehen ist. (vgl. Ehmer 2004, 6 ff.)

Abb. 3: Fertilitätsentwicklung zwischen 1841 und 1997 (ab 1949 BRD und DDR)



Quelle: Ehmer 2004, 735

Eine der erheblichsten und langfristigen Wandlungen der Neuzeit und eine anzunehmende Ursache für den ersten Geburtenrückgang ist die Aufwertung des Individuums „in emotionaler, kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht...“ (Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 47, Herv. d. A. S.), welche natürlich ebenso die Aufwertung des Kindes einschloss. Die Fertilität des 19. und 20. Jahrhunderts weist auf die Entwicklung der Geburtenplanung bzw. der Empfängnisverhütung hin. Dies stellt jedoch keinen Ausdruck von Kinderfeindlichkeit dar, sondern wird vielmehr als eine wechselseitige Beziehung zur Aufwertung der Kindheit anerkannt. (vgl. ebd., 47 ff.)

¹⁶ Grundsätzlich wird *Bevölkerungswachstum* bedingt durch weniger Sterbefälle bei einer steigenden Geburtenrate. Zusätzlich relevant ist eine geringere Zuwanderung statt Abwanderung. Im 19. Jahrhundert gilt lediglich der Geburtenüberschuss als Grundlage des Bevölkerungswachstums. So wurden vor Reichsgründung jedes Jahr durchschnittlich rund 10 Menschen pro 1000 Einwohner mehr geboren als starben. Wie unter 2.3.1 beschrieben, lag das Geburten- und Sterbeniveau, welches für die vorindustriellen Gesellschaften bezeichnend ist, immer noch hoch, jedoch nahmen auch Seuchen, Hunger und Kriege ab. Der Geburtenüberschuss stieg im Kaiserreich weiter an. Zur Jahrhundertwende wurde dieser jedoch begründet durch eine weiter zurückgehende Sterblichkeit. Zuwanderung spielte dabei keinerlei Rolle, da in dieser Zeit Deutschland ein Auswanderungsland war (ca. 5 Millionen Deutsche wanderten aus). (vgl. Ehmer 2004, 9)

Noch 1765 hieß es: „Aus Kindern werden Erwachsene. Man muss für die Erhaltung der Kinder also durch eine besondere Beaufsichtigung der Väter, Mütter und Ammen sorgen.“ (ebd., 49, Herv. d. A. S.). Drei Jahrzehnte später wurde das Stillen¹⁷ im **Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten**¹⁸ unter den festgeschriebenen wechselseitigen Rechten und Pflichten zwischen Eltern und Kindern verankert. Das Kind wurde mehr und mehr zum Rechtssubjekt. Das Vernachlässigen beziehungsweise das Töten von Kindern wurde damit delegitimiert. Über Belange privater oder erzieherischer Art konnten die Eltern weiter frei entscheiden. Vor der Industrialisierung umfasste „Familie“ ein ganzes Haus. Zu den Eltern und Kindern wurden auch Mägde als zur Familie gehörend gezählt, weil alle gemeinsam die Existenzgrundlage erarbeiten mussten. Mit beginnender Industrialisierung trennte sich die Erwerbsarbeit von der Familienarbeit. Die Frau wurde als gleichwertiger angesehen, als dies in der Vormoderne der Fall war. Die Folge war, dass Frauen nun eine Doppelrolle, z. B. Fabrikarbeit und Hausarbeit, erfüllen mussten. Allmählich erfuhr die Kindheit eine Art der Aufwertung. Immer mehr Kinder wurden in das Schulwesen integriert, was einen Aufschub zum Eintritt in das Arbeitswesen bedeutete. Auch wenn der freiwillige Schulbesuch noch lange nicht auf die ganze Bevölkerung zutraf und häufig von Unterbrechungen geprägt war, stieg die Anzahl der Kinder, welche die Schule¹⁹ besuchten, kontinuierlich an. (vgl. ebd., 49)

2.2.4 Kontexte des zweiten Geburtenrückgangs

Der zweite Geburtenrückgang fand unter den Veränderungen im Heiratsverhalten und der Wandlungen der Familienstrukturen beziehungsweise Lebensformen statt²⁰. Die Geburtenzahl sank nach dem Baby-Boom unter das Bestanderhaltungsniveau. Ebenso stieg das Heiratsalter

¹⁷ Schon u. a. Rousseau (Pädagoge im 18. Jahrhundert) sah im Stillen „eine moralische Pflicht von Müttern, da es die Grundlage für eine enge Mutter-Kind-Bindung legen und die Überlebenschancen von Kindern erhöhen würde.“ (Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 48, Herv. d. A. S.). Das Stillen führte zu einer sinkenden Säuglingssterblichkeit, es senkte die Fruchtbarkeit und führte damit zu einer sinkenden Geburtenzahl. Die Säuglingssterblichkeit Anfang des 19. Jahrhunderts betrug in Süddeutschenland noch 40 Prozent. Die Sterblichkeit war in anderen Dörfern nur halb so hoch, was sehr wahrscheinlich auf das Stillen zurückzuführen ist. (vgl. ebd.)

¹⁸ Zweiter Teil Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten § 67: „Eine gesunde Mutter ist ihr Kind selbst zu säugen verpflichtet.“ (Schlumbohm 1983, 47, Herv. d. A. S.)

¹⁹ Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Lehrerbildung und somit auch der Unterricht von niedriger Qualität. Preußen sah die Durchsetzung des Schulbesuches und das Verbot der Kinderarbeit, in einem sich stufenweise vollziehenden Prozess, zunehmend als eine zentrale Aufgabe des Staates an. Da, wo die Kinderarbeit das gesamte Haushaltseinkommen (ländliche Bevölkerung, Arbeiter) ausmachte, war dieses Ziel bis in die Zwischenkriegszeit nur schwer durchzusetzen. Dies und die gesellschaftliche Wahrnehmung der Kinder, die als anspruchslos und anpassungsfähig galten, legitimierte Kinderarbeit weiterhin. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 50 ff.)

²⁰ Anlage 1 enthält eine Tabelle mit den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen des zweiten Geburtenrückgangs.

wieder an und somit verzögerte sich die Geburt des ersten Kindes zunehmend. Die Gesellschaft entwickelte sich hin zur Individualisierung. Dies spiegelte sich beispielsweise in der Aufwertung der Menschenrechte oder im Wandel zum Bildungsbürgertum wider. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 51)

Die Grundbildung durch die Schule, als staatliche Einrichtung, wurde schon zur Jahrhundertwende in Gesetzen verankert. Die Aufwertung der Kindheit an sich setzte sich durch die Unterbrechungen und der teilweisen Rückschritte wie der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise erst um 1960 wieder fort. Mit den steigenden Löhnen wurde der Mann zum Hauptverdiener, während die nicht-erwerbstätige Frau zum Ideal wurde. Damit veränderte sich auch die Rolle der Kinder. Die Erwerbsquoten der 15- bis 19jährigen sanken mit der Bildungsexpansion, wodurch der Anteil von Kindern, die die u. a. Mittelschule besuchten, enorm anstieg. Auch darüber hinausgehende Qualifikationen, die bis dahin sehr ungleich in den Bevölkerungsschichten verteilt waren, hatten einen höheren und gerechteren Anstieg zu verzeichnen. Die Differenzen zwischen der Stadt und Landbevölkerung nivellierten sich allmählich. (vgl. ebd.)

Die rechtliche Aufwertung wurde unter anderem durch die UN-Deklaration zu den Rechten von Kindern (1959) gefördert. Das Kindeswohl rückte massiv in den Vordergrund, wodurch die rechtliche Entscheidungsfreiheit der Eltern eingeschränkt wurde. Eine Nivellierung in diesem Kontext erfuhren auch uneheliche und eheliche Kinder sowie Heimkinder. Ebenso änderte sich die Wahrnehmung der Pädagogen und Psychologen durch die sich etablierende Entwicklungspsychologie²¹. Das Bild des Kindes veränderte sich damit ins Entgegengesetzte. (vgl. ebd., 52)

Die traditionelle Kleinfamilie²² (wie schon beschrieben) wurde in den 1950er und 1960er Jahren von den meisten Familien gelebt. Sie ist in dieser Zeit zur „Normalfamilie“ stilisiert worden und wird ebenso als eine Ursache des zweiten Geburtenrückgangs verstanden. Mit zu-

²¹ „Die Entwicklungspsychologie befasst sich mit der Beschreibung, Erklärung und Optimierung von relativ überdauernden intraindividuellen Veränderungen im menschlichen Erleben und Verhalten über die gesamte Lebensspanne hinweg, d.h. ab vorgeburtlicher Entwicklung bis ins hohe Alter und zum Tod.“ (Deutscher Gesellschaft für Psychologie 2013, Herv. d. A. S.)

²² Als mitunter wichtigstes Merkmal gilt das rigide Rollenverständnis zwischen den Eltern; der Vater als Familienoberhaupt und Hauptverdiener, die Mutter als Hausfrau und hauptverantwortlich für die Erziehung der Kinder. Durch die technische Weiterentwicklung (auch im Haushalt) trat die Bildung immer weiter in den Vordergrund. (vgl. Hülskamp 2005, 16) Dieses Familienmodell wurde und wird durch Staat und Kirche geschützt.

nehmender Emanzipation der Frau²³ und der Individualisierung²⁴, was beispielsweise zur Instabilität von Beziehungen (steigenden Scheidungsraten) beitrug, fand ab 1960 eine fortschreitende Pluralisierung der Lebensformen²⁵ statt, die bis heute anhält. (vgl. Hülkamp 2005, 16 ff.)

2.3 Bevölkerungsdiskurse

Um den geschichtlichen Vorgang der Fertilität präziser und verständlicher einzuordnen und Verbindungen mit- und untereinander verstehen zu können, ist es von Nutzen, sich die Entwicklung der damaligen Bevölkerungsdiskurse sowie die daraus resultierende Bevölkerungspolitik dieser zeitlichen Epochen anzusehen.

Anfänglich wurde im Rahmen der Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts die aufkommende Bevölkerungsfrage in Europa diskutiert. Mit dem Übergang vom 19. Jahrhundert zum 20. Jahrhundert erlangte sie, durch anfängliche Degeneration und gleichzeitigem Einsetzen des ersten Geburtenrückganges, bis heute eine enorme Bedeutung. Nach dem ersten Weltkrieg löste sich die Bevölkerungsfrage allmählich von der Nationalökonomie und verband sich mit der Statistik, Eugenik, Sozialmedizin, Soziologie und der Anthropologie. (vgl. Etzemüller 2007, 41)

Die wichtigsten Elemente des Verlaufes der Bevölkerungsdiskurse stellen die Beziehung von Bevölkerung und Raum, die sich etablierende Statistik sowie die Verbindung von Politik und Wissenschaft, das theoretische Konstrukt nach Malthus, der sich daraus entwickelnde Neomalthusianismus, die Rassenhygiene „...und ein *optimistisches social engineering*.“ (Etzemüller 2007, 41, Herv. d. A. S.) dar, die im Folgenden in vier Hauptteilen, nach zeitlichen Epochen genordnet, genauer beschrieben werden (vgl. ebd.):

²³ Frauen orientierten sich zunehmend an karriereorientierten Lebensentwürfen, während auf familiärer Ebene die Rollenbilder der 1960er gelebt wurden. (vgl. Hülkamp 2005, 17)

²⁴ „In der Vormoderne hatte sie kaum bestanden, in der ersten Phase der Individualisierung trug sie entscheidend zur Stabilität sozialer Ordnung bei, heute wird sie zum Problem“ (Huinink/ Wagner 1998, 97, zit. n. Hülkamp 2005, 17, Herv. d. A. S.) - „Gemeint ist damit die Überfrachtung der Partnerschaften mit Ansprüchen an eine dauerhafte, emotionale, romantische Liebe und die Betonung individueller Bedürfnisse und hoher Ansprüche an persönlicher Nähe zwischen den Partnern.“ (ebd., Herv. d. A. S.)

²⁵ Voreheliches und nicht eheliches Zusammenleben gewannen an Bedeutung; bedingt dadurch eine steigende Anzahl außerehelicher Geburten, aber auch durch mehr Scheidungen eine steigende Anzahl von Alleinerziehenden und Fortsetzungsfamilien (Patchwork). (vgl. Höpfinger 1997, 42)

1. „... eine, noch vage, Verbindung zwischen Zahl und Zustand der Menschen in einem Raum sowie Macht und Glanz der Herrschaft.“ (ebd., 16, Herv. d. A. S.)

Im Mittelalter gab es kein Wissen über die räumlich lokalisierte Bevölkerung. Die Herrschenden interessierten sich unter anderem lediglich für die Anzahl ihrer Steuerzahler oder für die notwendigen Menschen, die es brauchte um Kriege zu führen. Mit den Anfängen der Neuzeit bildeten sich erste sichtbar werdende Bevölkerungen durch allmähliche Zentralisierung heraus, was grundlegend für erste Bevölkerungsfragen war. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beschäftigten sich Staatstheoretiker mit der Frage: „Wieviel Volk braucht und verträgt eine Herrschaft?“ (ebd., 17, Herv. d. A. S.). Die merkantilistischen Wirtschaftstheorien einerseits, was bedeutet: Einerseits Exportverbote der begrenzten Rohstoffe, gleichzeitig eine wirtschaftlich Autarkie des Landes durch den Export dieser, um den Reichtum steigern zu können. Je größer die Bevölkerung eines Landes, desto mehr Arbeitskräfte für die Produktion und Soldaten für die Angelegenheiten im Außen. Von dieser Größe war ebenso die Wohlfahrt bzw. die Gesellschaft abhängig. Andererseits musste diese Bevölkerung auch ernährt werden. Als zentrale Frage galt: „Begrenzt die Menge verfügbarer Nahrungsmittel das Wachstum der Bevölkerung oder kann durch deren Wachstum die Nahrungsmittelproduktion erweitert werden?“ (ebd., 18, Herv. d. A. S.), deren Beantwortung die Möglichkeit einer Überbevölkerung ausschloss. Eine größtmögliche Bevölkerung galt als Garant für eine hohe Kultur. Ein Bevölkerungsrückgang war gleichbedeutend mit Verfall und Untergang. Eine Erleichterung der Heirat und der Geburten wurde u. a. durch Steuererleichterungen gefördert. (vgl. ebd., 21 ff./ Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 54)

2. „...die Technik, diese Verbindung zu operationalisieren, die Kunst der Politischen Arithmetik²⁶.“ (Etzemüller 2007, 18, Herv. d. A. S.)

Abb. 4: 900jährige Bevölkerungsentwicklung in einer Statistik von 1741 (bereits weiterentwickelte Statistik)

Tabelle,
welche die geschwinde Vermehrung der Menschen nach
der Schöpfung und Sündfluth aus den erweis-
ten möglichen Perioden der Verdoppelung:
gen vor Augen stellt.

Zahl der Menschen A.	Perioden der Verdoppelung B.	Jahre von An- fang an C.	Zahl der Ver- doppelungen D.
1	1	1	1
2	2	2	2
4	4	4	4
8	8	8	8
16	16	16	16
32	32	32	32
64	64	64	64
128	128	128	128
256	256	256	256
512	512	512	512
1024	1024	1024	1024
2048	2048	2048	2048
4096	4096	4096	4096
8192	8192	8192	8192
16384	16384	16384	16384
32768	32768	32768	32768
65536	65536	65536	65536
131072	131072	131072	131072
262144	262144	262144	262144
524288	524288	524288	524288
1048576	1048576	1048576	1048576
2097152	2097152	2097152	2097152
4194304	4194304	4194304	4194304
8388608	8388608	8388608	8388608
16777216	16777216	16777216	16777216
33554432	33554432	33554432	33554432
67108864	67108864	67108864	67108864
134217728	134217728	134217728	134217728
268435456	268435456	268435456	268435456
536870912	536870912	536870912	536870912
1073741824	1073741824	1073741824	1073741824
2147483648	2147483648	2147483648	2147483648
4294967296	4294967296	4294967296	4294967296
8589934592	8589934592	8589934592	8589934592
17179869184	17179869184	17179869184	17179869184
34359738368	34359738368	34359738368	34359738368
68719476736	68719476736	68719476736	68719476736
137438953472	137438953472	137438953472	137438953472
274877906944	274877906944	274877906944	274877906944
549755813888	549755813888	549755813888	549755813888
1099511627776	1099511627776	1099511627776	1099511627776

Frühe Statistiken waren anfangs in Textform und Zahlen Quelle: Etzemüller 2007, 24

etwas unsystematisch und noch unzuverlässig gefasst. Erstmals konnte erfasst werden, wo

²⁶ „Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung auf Verhältnisse des Staats u. der Gesellschaft“ (Academic 2010, Herv. d. A. S.); „Zielsetzungen waren die Erkenntnis gesellschaftlicher und ökonomischer Gesetze und deren Anwendung auf politischen Probleme“ (Universallexikon 2012, Herv. d. A. S.). Politische Arithmetik verbindet Politik und Wissenschaft (vgl. Etzemüller 2007, 22)

und wie die Menschen lebten. Es war das Ziel, das Staatswohl durch die Gesamtbevölkerung (Nutzwert) zu erhöhen und die Statistiken dienten dazu, eine fokussierte Bevölkerungspolitik²⁷ aufzubauen. Es ging um den Versuch, die Lage des Landes und seiner Einwohner geistig und materiell abzubilden²⁸ und nicht zuletzt „...um die Möglichkeit, durch gezielte, differenzierte, maßgeschneiderte Interventionen in der Gesellschaft die Staatsmaschine effektiv zu steuern.“ (ebd., 19). Die weiterentwickelten Statistiken (Abb. 4) wurden nach und nach in das Tagesgeschehen (Abbildungen u. a. in der „Zeitschrift für die Gesamte Staatwissenschaft“ oder „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“) eingebunden und zu einem Teil der Kommunikation. Die demografische Diskussion war angeregt. Statistiker verdichteten ihre schon bestehenden Netzwerke im In- und Ausland, um Erfahrungen auszutauschen.

3. „... das dritte wichtige Element für die Genese des Bevölkerungsdiskurses, die *Korrelation von Bevölkerung und Raum in der Form einer krisenhaften Beziehung*.“ (ebd., 23, Herv. d. A. S.)

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts fand damit eine fundamentale Wende des Bevölkerungsdiskurses statt. Ein englischer Liberaler, THOMAS ROBERT MALTHUS, veröffentlichte 1798 *An Essay on the Principle of Population* mit der Hauptthese: „Die Menge der Nahrungsmittel ist begrenzt, die Zahl der Menschen also nicht beliebig vermehrbar. Gibt es zu viele Menschen, drohen Elend und Not.“ (ebd., 23 ff., Herv. d. A. S.). MALTHUS schuf ein allgemein geltendes *Bevölkerungsgesetz*, hinter dem sich allerdings ein politisches Anliegen, die Reformierung der englischen Armengesetzgebung, verbarg. Diese These stellt Bevölkerung und Ressourcen in ein konträres Verhältnis zueinander und, so MALTHUS, resultiere das menschliche Elend nicht aus einer Sozial- und Wirtschaftsordnung, sondern aus einem Ungleichverhältnis von Bevölkerung und Nahrung. Dieses wiederum werde von der „leichtsinnigen Lebensweise der Unterschichten“ (ebd., 25, Herv. d. A. S.) verursacht, die sich ohne jegliche Verantwortung fortpflanze. Durch materielle Besserstellung gebären diese noch mehr Kinder und würden somit die Nahrungsgrundlage der Menschen bedrohen. Die Armenhilfe wirke somit ebenso kontraproduktiv, weil diese den Fleiß der Menschen hemme und Geburten fördere. Demographische Katastrophen, wie u. a. Kriege, Seuchen und Hungersnöte, verringern

²⁷ Die verbundenen Ziele damit waren u. a. die Verhinderung von Auswanderung sowie die Förderung der Einwanderung, Bevölkerung von wenig besiedelten Gebieten und nicht zuletzt die Erhöhung von Geburtenraten. (vgl. Etzemüller 2007, 18)

²⁸ Schweden war im europäischen Raum Vorreiter dieser Politik. Es folgten Tabellenerhebungsbögen, die 1778 dann ins Deutsche übersetzt wurden. Zuvor hatten auch schon n. a. Hermann Achenwall, August von Schölzer oder Johann Peter Süßmilch diese Entwicklung voran getrieben. (vgl. ebd., 23)

auf natürliche Weise die Anzahl dieser Menschen auf eine verträgliche Größe. Dies nannte MALTHUS positive *check*. Als *preventive check* bezeichnete er bei nicht genügendem Einkommen einen freiwilligen Verzicht, zu heiraten und sich fortzupflanzen: Denn ein Arbeiter, der heiratet, ohne seine Familie finanzieren zu können, darf als Gegner der Gesellschaft gesehen werden und dürfe keine Unterstützung durch die Gesellschaft erfahren. In England führte dies 1834 zur Abschaffung der traditionellen Armenhilfe und hatte Auswirkung auf ganz Europa. In Deutschland legitimierte diese Theorie zwischen 1820 und 1860 ein Heiratsverbot für die Unterschicht. (vgl. Etzemüller 2007, 25 ff./ Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 54 ff.)

MALTHUS ist damit der Begründer des Fertilitätskurses im 19. und 20. Jahrhundert. Er definierte gesellschaftliche Probleme als Bevölkerungsfragen und er selektierte Personengruppen nach ihrem sozialen Status; nach denen, die es wert waren, sich fortzupflanzen und jenen, die mittels staatlichem Druck daran gehindert werden müssten. Ehmer, Ehrhardt und Kohli (2012) führen noch einen dritten Punkt auf: „*Die Diskrepanz zwischen Befund und Realität.*“ (Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 56, Herv. d. A. S.). Dass die Ursache der sozialen Probleme in der frühen Industrialisierung das schnelle Bevölkerungswachstum und die Proletarisierung sei, hält sich in der „*historischen Forschung hartnäckig.*“ (ebd., Herv. d. A. S.), kann aber als falsche Schlussfolgerung bezeichnet werden. Denn es war eher die Ausnahme, dass sich die Unterschichten besonders stark vermehrt haben. Zudem formulierte MALTHUS seine Theorie, als das Bevölkerungswachstum im 18. und 19. Jahrhundert eingesetzt hatte und von einem noch dynamischeren Wachstum der Wirtschaft begleitet wurde, welches das Essay vollkommen außen vor ließ. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 56)

Libérale Ansichten und damit einhergehend der Verzicht auf Eingriffe des Staates durch Bevölkerungspolitik prägten zwischen 1871 und 1918 das Kaiserreich. Im 19. Jahrhundert bildete sich der *Neomalthusianismus*, welcher eine Geburtenbeschränkung als notwendig beziehungsweise nützlich bezeichnete. Mit Anknüpfung an die Theorie von MALTHUS stellte diese sozialpolitische Bewegung dennoch einen Gegenentwurf dar. Die Vertreter riefen auf, die empfängnisverhütenden Maßnahmen von Frauen zu respektieren, denn für sie gab es, im Gegensatz zu MALTHUS Theorie, einen Unterschied zwischen Sexualität und Fortpflanzung. „*Geburtenkontrolle wurde als erster Schritt zu bewusster Elternschaft verstanden.*“ (ebd., 57, Herv. d. A. S.) In Deutschland setzte sich der Neomalthusianismus vor allem in der Weimarer Republik durch und war einflussreicher als in anderen Ländern. Die Anhänger traten für die Autonomie (soziale, sexuelle und ökonomische Selbstbestimmung) der Frau ein. Es wurde ein

Netzwerk von staatlichen und privaten Sexualberatungsstellen geschaffen, die zur Verbreitung von Verhütungsmethoden sowie zur Entkriminalisierung von Abtreibungen beitrugen. Diese gesellschaftlichen Veränderungen, durch den Neomalthusianismus und den Paradigmenwechsel durch eugenische Vorstellungen im späten 19. Jahrhundert, stehen folglich in einem engen Zusammenhang mit dem ersten Geburtenrückgang. (vgl. ebd., 54 ff.)

4. „...Bevölkerungspolitik – nun unter eugenischem²⁹ und rassenhygienischem Vorzeichen.“ (Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 56, Herv. d. A. S.)

Europäische Gesellschaften schienen im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, durch die beschriebene, zunehmende Industrialisierung, in eine Krise zu geraten, die Auswirkungen auf das soziale Leben hatten. Technisierung, Migration, Veränderungen der Geschlechterverhältnisse und Urbanisierung³⁰ beschleunigten auch das Leben signifikant. Die Arbeiterschaft stieg auf, Frauen konnten studieren und durch die Menge der Menschen bildeten sich Großstädte. In diesen Großstädten wuchsen damit auch die Armut und das Elend – die bürgerliche Welt wurde als bedroht verstanden. Es war unumgänglich, die zunehmend komplexer werdende Gesellschaft durch Interventionen zu optimieren. „...Gesellschaften wurden zunehmend mit [u. a.] biologisch-medizinischen Methapern beschrieben....“ (Etzemüller 2007, 31, Herv. d. A. S.). Sie suggerierten eine Vorwegnahme der Zukunft; meist pessimistischer Natur. (vgl. ebd., 24 ff./ Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 62) Mittels rationalen und gezielten Interventionen

Abb. 5: Eugenische Schautafel, 1923



Quelle: Weingart 2012, 19 ff.

²⁹ „Wissenschaft von der Verbesserung der Erbanlagen in der menschlichen Bevölkerung (z. B. durch die Zurückdrängung von Erbkrankheiten).“ (Duden 2013, Herv. d. A. S.)

³⁰Definition: „Prozess der Ausbreitung und Diffusion städtischer Lebens- und Verhaltensweisen (Stadt), wie z.B. Haushaltsstrukturen, Konsummuster, berufliche Differenzierung, Wertvorstellungen der Stadtbewohner, und die daraus resultierenden Raumstrukturen. Im Vergleich zum Begriff der Verstädterung, der nur auf demografische und siedlungsstrukturelle Aspekte abstellt, beinhaltet die Urbanisierung zusätzlich sozialpsychologische und sozioökonomische Komponenten. Durch ausgeprägte Land-Stadt-Wanderungen, natürliches Bevölkerungswachstum und Eingemeindungen kommt es zur raschen Einwohnerzunahme im Verdichtungsraum. Von der Entwicklung der baulichen Infrastruktur aus betrachtet drückt sich Urbanisierung als Landschaftsverbrauch aus und limitiert in den überbauten Gebieten das Leistungsvermögen des Landschaftshaushaltes erheblich. Belastungen und Gefährdungen der Umwelt können die Folge sein.“ (Gabler Wirtschaftslexikon 2013, Urbanisierung, Herv. d. A. S.)

schien die Krise lösbar. Die Überzeugung, eine Gesellschaft zu steuern beziehungsweise wie einen Menschen behandeln zu können, bot eine sehr überzeugende wissenschaftliche Lösung der Probleme. (vgl. ebd., 31/ ebd., 56 ff.)

Unrechtes Verhalten, zum Beispiel Kriminalität der Menschen, wurde zu einem Krankheitsbild transformiert (Abb.5). Die Gesellschaft sollten von krankhaften Erbanlagen gereinigt werden. Eine Vermehrung der nicht regelkonformen Gruppen, der Kranken (Geisteskrankheiten und Erbkrankheiten) oder der Armen schwäche die Gesellschaft und ihre Unterstützung durch die sozialstaatliche Sicherung würde zwangsläufig zu einer Degeneration der **Rasse** führen (Sozialdarwinismus³¹). Getragen wurde der Glaube³² an die Eugnik nicht nur von den Nationalsozialisten, der NSDAP oder der SS. Um dem Szenarium der Degeneration des deutschen Volkes entgegenzuwirken, wurden die leistungsstarken, gesunden (sozial, medizinisch, rassisch) Familien mit pronatalistischer Politik gefördert. So gab es u. a. Ehestandsdarlehen, bei dem 25 Prozent der Darlehenssumme für jedes lebend geborene Kind erlassen wurde. Auch Steuernachlässe oder Ehrungen für kinderreiche Familien bzw. Mütter, z. B. mit dem Ehrenkreuz der deutschen Mutter, sollten die Geburtenrate steigern. Ausgeschlossen von solchen Maßnahmen waren alle die, die als **Nicht-Arier** und als **Asoziale** bezeichnet wurden beziehungsweise ihre Erbgesundheit nicht nachweisen konnten. (vgl. Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 60)

Die antinatalistischen Maßnahmen zielten darauf ab, erbkranken Nachwuchs zu verhindern. So wurden bei Kranken, Behinderten und „Minderwertigen“ Zwangssterilisationen durchgeführt oder bei „rückfälligen Gewohnheitsverbrechern“ mit Zwangskastration gedroht. In den Nürnberger Rassegesetzen wurde zudem die Ehe und der Geschlechtsverkehr mit „Nicht Ariern“, besonders mit Juden, unter hohe Strafen gestellt. (vgl. Etzemüller 2007, 38 ff./ Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 59 ff.) In Anhang 2 befinden sich die „rassenbiologischen Thesen“ von Herman Lundborg, die er 1922 publiziert- und die Etzemüller als „*Credo des Bevölkerungsdiskurses im 20. Jahrhundert*“ (Etzemüller 2004, 38, Herv. d. A. S.) bezeichnet. (vgl. ebd.)

³¹ Der im späten 19. Jahrhundert entstandene Sozialdarwinismus: „...zielte auf eine „Wiederherstellung“ der „natürlichen Auslese“ in der Gesellschaft, auf eine soziale Differenzierung nach Leistung und „naturgegebenen“ Fähigkeiten...“ (Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 5, Herv. d. A. S.) ab.

³² Große Zustimmung und Hoffnung verbanden auch die Sozialdemokraten, Konservativen, Sozialisten, die Frauenbewegung sowie die Eliten in Wirtschaft, Industrie und Verwaltung mit der Eugenik. (vgl. Etzemüller 2007, 38 ff./ Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2012, 59 ff.)

Die „...*Entdeckung der Zukunft*...“ (Ehmer, Ehrhardt, Kohli 2007, 62 ff., Herv. d. A. S.) und „...*das Kind als Zukunft zu begreifen*...“ (ebd., Herv. d. A. S.) legitimierte unter anderem dazu, circa 12 Millionen Deutsche darin zu hindern, Nachwuchs zu zeugen. Diese Maßnahmen waren auf grausame Art und Weise wirksamer, denn trotz der Vergünstigungen hatte sich die Geburtenrate (durchschnittlich 1,9) in den 1930er und 1940 Jahren, wie in Abb. 3 zu sehen, nicht erhöht. (vgl. ebd., 60 ff.)

III FERTILITÄTSTHEORIEN UND TRENDS

Im vorangegangenen Kapitel wurde auf die historische Fertilitätsentwicklung und die aufkommenden Bevölkerungsdiskurse eingegangen. Zum Thema Geburtenverhalten und dessen Entwicklung existiert eine unüberschaubare Anzahl an Forschungsarbeiten. Geburtenverhalten kann einerseits auf der Mikro- als auch auf der Makroebene betrachtet werden. Zudem rücken die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, wie die Ökologie oder die Soziologie, unterschiedlich relevante Aspekte ins Zentrum der Wahrnehmung. Durch diese vorgenommene Fokussierung erfolgen wichtige Erkenntnisgewinne, was es jedoch auch erschwert, einen Gesamtüberblick zu erhalten. Im ersten Teil dieses Kapitels werden die wichtigsten theoretischen Perspektiven für meinen Forschungsgegenstand, aus dem Lebenslaufkonzept, der evolutionären Anthropologie, der ökonomischen und der soziologischen Theorien der Fertilität, beschrieben, auch um Widersprüche und Lücken zu schließen. Im zweiten Teil dieses Kapitels wird neben ausgewählten, grundlegenden, statistischen Daten der Perioden- und der Kohortenfertilität auch auf die kausalen Zusammenhänge von Fertilität und Familienentwicklung, Partnerschaft sowie Bildungsniveau eingegangen.³³

3.1 Fertilitätstheorien

3.1.1 Das Lebenslaufkonzept

Als Rahmenkonzept zur Analyse des Fertilitätsverhaltens dient die Lebenslaufperspektive und sie ist von zentraler Bedeutung für die Fertilität. Die gesellschaftlichen Veränderungen zeigen sich in den Lebensverläufen und werden davon individuell in biologischer, psychologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht beeinflusst. Im Folgenden werden Veränderungen umschrieben, die sich in den Lebensverläufen widerspiegeln. (vgl. Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 99 ff.)

Der erfolgte *Altersanstieg*, seit den 1960er Jahren bei den *Erstgebärenden*, der hauptsächlich auf die Bildungsexpansion, längeren Ausbildungszeiten und folglich, dem späteren Einstieg ins Erwerbsleben zurückzuführen ist, wird bei genauer Betrachtung deutlich. Noch 1952 waren zwei Prozent der unter 22-Jährigen, in Westdeutschland an einer Universität immatrikuliert. Bis 1973 hatte sich dieser Wert auf 12 Prozent versechsfacht. In den 1990er Jahren beschleunigte sich diese Entwicklung rasant, sodass 2005 von den 18 bis unter 22-Jährigen (Gesamtdeutschland) bereits rund 40 Prozent, Männer wie Frauen, ein Studium begonnen hatten. Zwei Schlussfolgerungen lassen diese Entwicklung zu: Erstens zeigt sich in der Bevölkerung

³³ In Anlage 3 befindet sich eine schematische Darstellung der Einflussfaktoren auf die Fertilitätsentscheidung.

ein starker Anstieg des Bildungsniveaus und zweitens nivellierten sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Bildung zwischen Männern und Frauen. Der Einstieg ins Erwerbsleben und damit die Realisierung eines Kinderwunsches, wird vermehrt nach hinten verschoben, weil die jungen Erwachsenen während ihrer Ausbildungszeiten stark von ihren Eltern abhängig sind. So ist das durchschnittliche Erstgeburtensalter im historischen Vergleich signifikant hoch. Hinsichtlich der Betreuungsstruktur könnten, aus heutiger Sicht, jedoch zwei bis drei Kinder einer zwischen 30 und 40jährigen Frau untergebracht werden. Diese Sicht lässt den Schluss zu, dass sich zwar das Erstgeburtensalter nach hinten verschoben hat, dies aber nicht alleinig auf die Bildungsexpansion zurückzuführen ist. (vgl. ebd.)

Der sogenannte *Nachholeffekt*, das Verschieben der ersten Geburt nach hinten, ist in Deutschland schwach ausgeprägt und folglich wird das erforderliche Bestanderhaltungsniveau nicht erreicht.³⁴ Die Geburt eines Kindes ist immer noch ausschlaggebend für den weiteren Lebensweg und führt verstärkt dazu, dass die Lebensläufe von Männern und Frauen eine unterschiedliche Struktur aufweisen. Die *Opportunitätskosten*³⁵ sind für Frauen umso höher, je stärker und länger die Unterbrechungen der Erwerbsarbeit für die Betreuungszeit sind sowie die Anstrengungen beziehungsweise Intensität, die aufgebracht werden muss, um dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung zu stehen. Davon sind auch die Differenzen in den Lebensläufen von Männern und Frauen gekennzeichnet. Es wird dabei von *polaren* oder *komplementären Lebensverläufen* und Geschlechterverhältnissen gesprochen. So ist heute ein Großteil der deutschen Frauen mit Kindern erwerbstätig, wenngleich jedoch die durchschnittliche Arbeitszeit der westdeutschen Frauen mit 18,2 Stunden im europäischen Vergleich sehr niedrig ist. Ebenso hat Deutschland eine Spitzenreiterposition bei der Länge der Erwerbsunterbrechungen³⁶ nach einer Geburt, weil der Fremdbetreuung mit Skepsis begegnet wird. (vgl. ebd. 101 ff.)

Die *polare Struktur* in Lebensverläufen drückt sich durch das Aufschieben der Erstgeburt aus. Die Entscheidung für oder gegen ein Kind muss in einem engen zeitlichen Rahmen getroffen werden, da das Alter fortgeschritten ist, jedoch die Menopause nicht. Auch wird in

³⁴ In anderen europäischen Ländern wird der Aufschub der ersten Geburt nachgeholt und somit sind im letzten Jahrzehnt die Fertilitätsraten wieder so angestiegen, dass das Reproduktionsniveau dieser Länder fast erreicht ist. Die Lebenslaufperspektive bildet hier einen guten Analysepunkt für das Fertilitätsverhalten und ist für die Vergleiche mit anderen Ländern gut geeignet. (vgl. Ehrhard, Huinink, Kohli 2012, 101)

³⁵ So werden die indirekten Kosten bezeichnet, die bei der Kindererziehung entstehen.

³⁶ Als Gründe werden unter anderem dafür angegeben, dass erst 2008 das Unterhaltsrecht reformiert wurde. Dieses sah vor, dass die Pflicht zu arbeiten, um für den Unterhalt des Kindes mitaufkommen zu müssen, erst mit dem 16. Lebensjahr des jüngsten Kindes einsetzt. (vgl. ebd., 102)

diesem Abschnitt des Lebenslaufes von der *Rushhour* gesprochen. Parallel sind auch andere wichtige Entscheidungen zu treffen, wie die berufliche Konsolidierung nach dem Wiedereintritt in das Berufsleben. Präzise ausgedrückt bedeutet dies, es sind mehrere Entwicklungsaufgaben, die zuvor zeitlich stärker entflochten waren, gleichzeitig zu bewältigen. (vgl. ebd., 102)

Dem vergleichsweise hohen Anteil lebenslang kinderlos bleibenden Männern und Frauen stehen die Zwei-Kind-Familien gegenüber³⁷. Diese sich in Deutschland gegenüberstehenden Phänomene der Polarisierung von Familienentwicklung werden als *komplementäre Struktur* bezeichnet. Angenommen wird, dass nach dem mehrfachen Aufschub der Familiengründung Frauen sich häufig gegen ein Kind entscheiden, weil die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig ist sowie eine Geburt gravierende Nachteile für das Erwerbsleben mit sich bringt. Dagegen wird angenommen, wenn sich Frauen für Familie beziehungsweise die Geburt eines Kindes entschieden haben und demnach berufliche Einschränkungen hingenommen werden, ist es naheliegend, ein zweites Kind zu gebären. (vgl. ebd.)

Im Zusammenhang mit Fertilitätsentscheidungen zeigen die Lebensläufe auch auf kultureller Ebene strukturelle Veränderungen. Aufgrund der kulturellen Entwicklungen verlieren Altersnormen und normative Lebenslaufmuster durch den Wertewandel immer stärker ihre Verbindlichkeit. In diesem Zusammenhang wird von einer De-Institutionalisierung der Lebensläufe gesprochen. Diese De-Institutionalisierung, den Theorien der Individualisierung zufolge, führt zu einem intensiveren Wunsch nach Autonomie und ist damit ursächlich für den zweiten Geburtenrückgang nach 1960. Nicht revidierbare Verpflichtungen werden vermieden, da die individuelle Entscheidungsfreiheit durch Kinder zu stark eingeschränkt wird. Diese Kosten werden als *biografische Opportunitätskosten* bezeichnet. (vgl. ebd., 103)

3.1.2 Die evolutionäre Anthropologie

Allgemein erforscht die evolutionäre Anthropologie mithilfe „...vergleichender Analysen von Genen, Kulturen, kognitiven Fähigkeiten, Sprachen und sozialen Systemen...“ (Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie, evolutionäre Anthropologie, Herv. d. A. S.) die Menschheitsgeschichte und bildet die biologische Grundlage der theoretischen Überlegungen des Geburtenverhaltens. (vgl. ebd.)

³⁷ In Gesellschaften mit komplementärer Ausrichtung bleibt der Anteil der Ein-Kind-Familien vergleichsweise niedrig. (vgl. Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 102)

Die Arterhaltung und reproduktive Fitness sind bei der evolutionären Anthropologie zentrale Gesichtspunkte, wenn die Fertilität in den Fokus gesetzt wird. In der Forschung wird davon ausgegangen, „...dass alle Organismen das Ergebnis von natürlichen und sexuellen Selektionsprozessen³⁸ sind und sich im Verlauf der Evolution physische und psychische Eigenschaften ausgebildet haben, die einerseits eine gute Umweltanpassung und andererseits die Ausrichtung auf reproduktive Fitness sicherstellen.“ (Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 77, Herv. d. A. S.).

Ein Unterschied, den es sonst bei keinem anderen Lebewesen gibt, ist dass der Mensch zwischen dem pränatalen Zustand und der Entbindung seine geistigen und körperlichen Anlagen noch nicht ausreichend ausgebildet hat. Durch die langsame körperliche und geistige Entwicklung bleibt der Mensch von den Eltern abhängig, wodurch hohe Kosten³⁹ entstehen. In den ersten zwei bis drei Dekaden des Lebens ist der Mensch eher unproduktiv, danach jedoch kann er große Überschüsse produzieren. In welcher Höhe und in welchem Umfang ist besonders abhängig von der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung (ebenso der Geschwisterbeziehung) sowie von anderen sozialen und entwicklungspsychologischen Bedingungen unter denen das Aufwachsen stattfindet. Daraus leitet sich ab, dass die Geburt der eigenen Kinder von biologischen wie auch sozialen Faktoren abhängt. Zum Beispiel verläuft in der historischen Entwicklung des Menschen die soziale und biologische Entwicklung konträr (siehe auch Fußnote 26). Das Alter bei der ersten Regelblutung ist stetig gesunken, während das bereits mehrfach genannte Erstgeburtsalter ab 1960 stark angestiegen ist. Hinzu kommt, das vergleichsweise (zu anderen Lebewesen) frühe Einsetzen der Wechseljahre, wobei die Frau sich immer noch auf ihrem wirtschaftlichen Höhepunkt befindet. In der evolutionären Anthropologie wird erstens angenommen, dass dies aus der langen Abhängigkeit der Kinder und den draus entstehenden hohen Kosten resultiert. Zweitens lässt sich daraus ableiten, dass die noch zur Verfügung stehende Kapazität nicht nur für Reproduktivität der eigenen Kinder, sondern generationenübergreifend⁴⁰ genutzt wird. An dieser Stelle erklärt sich auch der Be-

³⁸ Dabei „...handelt sich um zwei unterschiedliche Mechanismen, die sich widersprechen können. Bei der natürlichen Selektion geht es um die Anpassung von Gattungen an ihre Umwelt; [...] und eine auf diese Bedingungen abgestimmte Fortpflanzung sind dafür relevant. Sexuelle Selektion ist das Ergebnis des Erfolgs oder Nichterfolgs auf dem Partnermarkt.“ (Ehrhardt, Huinink, Kohli u. a. 2012, 77, Herv. d. A. S.)

³⁹ Unter Kosten in der evolutionären Anthropologie werden Ressourcen sowie die Risiken von Mortalität der Eltern und den Kinder verstanden. (vgl. ebd., 77)

⁴⁰ Der Zeitpunkt der kollektiven Betreuung der Kinder variiert stark bei verschiedenen Gruppen und Gesellschaften. (vgl. ebd., 79)

griff der reproduktiven Fitness. Er bedeutet, dass möglichst viele (nicht nur direkte) Nachkommen das reproduktive Alter erreichen. (vgl. ebd., 77ff.)

Ein anderer Aspekt der Kosten ist der nachhaltige Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen, die den reproduktiven Erfolg gewährleisten sollen. So wird angenommen, dass der entstehende Geburtenabstand durch das Stillen reguliert wird, um eine Aufteilung auf zu viele Kinder zu vermeiden. Diese Ressourcen schließen ebenso das kontinuierliche Bereitstellen von Interaktion für die Bindungen (z. B. Kind-Mutter-Bindung) ein, um einen sicheren Beitrag zur Versorgung zu gewährleisten. (vgl. ebd., 79 ff.)

Als ein aktiver Vorgang in der evolutionären Anthropologie wird die Anpassung an die Umwelt bezeichnet. Obwohl stark variierend von kulturellen Umständen, wird die Kindheit als Lern- und Wissensphase charakterisiert. Dabei handelt es sich nicht nur um das Überleben oder die körperliche Verfassung, sondern über welches Wissen und welche Fähigkeiten das Kind verfügt, um weitere Ressourcen erwerben zu können. (vgl. ebd., 79)

Die evolutionäre Anthropologie gibt damit Aufschluss, wenn auch begrenzt, über wichtige Grundlagen⁴¹ des Fertilitätsverhaltens und tangiert andere Theorien, welche versuchen, Fertilitätsentscheidungen mithilfe von Beschreibungen oder Annahmen zu erklären.

3.1.3 Ökonomische Theorien

Die ökonomische Fertilitätsforschung hat die wissenschaftliche Diskussion stark beeinflusst, weil sie auf Modellannahmen basiert. G. BECKER vertritt mit dem *Konzept der ökonomischen Theorie zu Erklärung menschlichen Verhaltens* die Auffassung, dass die Entscheidung für ein Kind einem *Kosten-Nutzen-Kalkül*⁴² unterworfen ist (vgl. Seyda 2007, 3). Kinder werden dabei als

⁴¹ Die Kritik bzw. die Erklärungslücken:

- In modernen Gesellschaften vollzieht sich der soziale Wandel zu schnell, sodass die Theorie der Anpassung keine Anwendung findet;
- zu stark auf biologische und ökonomische Elemente eingegrenzt wird, wobei es die kulturellen Gegebenheiten vollkommen außeracht lässt;
- eine sehr vereinfachte und grundsätzliche Annahme der Fortpflanzungsbereitschaft und Fortpflanzungsfähigkeit eines jeden Menschen unterstellt und
- ebenso bleibt eine bewusste Planung der Fertilität, wie die Partnerwahl oder die Planung des Lebenslaufes, unberücksichtigt. (vgl. ebd., 81)

⁴² Wenn der Nutzen (inkl. emotionalen Nutzen) höher als die Kosten ist, dann ist davon auszugehen, dass Kinder geboren werden. (vgl. Seyda 2007, 3/ Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 89)

- **Konsumgüter**, welche direkt das Wohlbefinden⁴³ ihrer Eltern steigern,
- **Investitionsgüter bzw. Produktionsgüter**, die einen indirekten Nutzen für die Eltern darstellen (Erhöhung des Einkommens) oder als sogenannter
- **Versicherungsnutzen**, bei Krankheit oder im Alter der Eltern

konzipiert. Diesen drei Nutzenfaktoren stehen direkte wie auch indirekte Kosten (Opportunitätskosten) gegenüber. Die Höhe der direkten Kosten bezieht sich auf die Anzahl der Kinder sowie die Art und Qualität der Ausbildung. Die Dauer der Ausbildung ist dabei entscheidend, da in diesem Zeitraum die Kinder von den Eltern versorgt werden müssen. Die indirekten Kosten (Opportunitätskosten) sind abhängig von den Aktivitäten der Eltern (d. h. Aktivitäten, die nicht ausgeführt werden können) sowie dem Aufwand, der betrieben werden muss, um Elternschaft und außerfamiliäre Aktivitäten zu ermöglichen. So wurde das Aufziehen von zwei Kindern bis zum 18. Geburtstag auf 790.000 DM⁴⁴ (Preisniveau von 1990) geschätzt. (vgl. Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 88 ff.)

BECKER geht weiter davon aus, dass Eltern in modernen Gesellschaften zunehmend in die Qualität ihrer Kinder investieren. Um diese zu finanzieren, werden die Geburten begrenzt (Substitution von Quantität durch Qualität). Durch die Verschiebung⁴⁵ des Nutzens von Kindern, weg von dem Produktions- und Versicherungsnutzen zugunsten des Konsumnutzens, ergeben sich höhere Kosten für ein Kind, infolge der höheren Investitionen (Erhöhung der Chancen für sozialen Aufstieg und bessere Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt). Eine weitere Erklärung für die hohe Kinderlosigkeit innerhalb der ökonomischen Theorie, wie oben genannt, sind die Opportunitätskosten, soweit diese nicht durch einen geringen Kostenaufwand, wie unter anderem durch Kindertagesstätten, niedrig gehalten werden. (vgl. ebd., 89 ff.)

⁴³ Aus ökonomischer Sicht wird elterliches Handeln als altruistisch bezeichnet, wenn das Wohlbefinden der Kinder Teil der Nutzenfunktion der Eltern ist. Vereinfacht bedeutet dies: „..., dass Eltern Freude an der Freude und dem Wohlergehen ihrer Kinder haben.“ (Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 88, Herv. d. A. S.), (vgl. ebd., 88)

⁴⁴ Geschätzt wurde dabei der Gesamtaufwand. Der durchschnittliche Arbeitsausfall sowie ein fiktiver niedriger Stundenlohn für die Betreuungsleistung, den Eltern erbringen, wurden dabei zugrunde gelegt. (vgl. ebd.)

⁴⁵ Durch die gestiegene Erwerbstätigkeit und dem steigenden Lohnniveau der Frauen, sind auch die Kosten für die Kinder in den vergangenen Jahren gestiegen. Der Produkt- u. Versicherungsnutzen von Kindern ist durch das weiter ausgebaut soziale Sicherungssystem (besonders der gesetzlichen Rentenversicherung) gesunken. (vgl. Seyda 2007, 3/ Ehrhard, Huinink, Kohli 2007, 90) Ein anderer Erklärungsansatz **Die Theorie der Konkurrenz der Genüsse** ist eine wohlstandstheoretische Erklärung. Diese Theorie geht von einer Entkopplung zwischen Fortpflanzungs- und Geschlechtstrieb aus. Die Fertilität wird als willentliche Entscheidung benannt und der Fortpflanzungswille nimmt bei steigendem Wohlstand, der durch veränderte Lebensumstände und mehr Wahlmöglichkeiten gekennzeichnet ist, ab. (vgl. Krätschmer-Hahn 2012, 71)

Kinder aufzuziehen bedeutet einen materiellen wie einen emotionalen Aufwand. Dies stellt aus ökonomischer Sicht einen Grund für das höhere Alter bei Erstgebärenden dar. Bei der ökonomischen Theorie, wie auch bei der reproduktiven Fitness der evolutionären Anthropologie, geht es nicht darum, möglichst viel Nachwuchs zu zeugen, sondern diesen Nachwuchs mit Ressourcen auszustatten, die benötigt werden. Es wird ein optimierter Einsatz von Ressourcen angestrebt. Im Fall von zu wenig zur Verfügung stehenden Mitteln, was unter Umständen schlechtere Startbedingungen bedeutet, wie aber auch ein zu verschwenderischer Umgang damit, wird die Anzahl der Nachkommen begrenzt. (vgl. ebd., 88 ff.)

Anzumerken ist besonders, dass die ökonomische Forschung durch ihre Beschreibungen zum Geburtenverhalten ein „...*politisches Bewusstsein für die Kosten von Elternschaft geschaffen* ...“ (ebd., 91, Herv. d. A. S.) hat. (vgl. ebd.)

3.1.4 Soziologische Theorien

Die soziologische Theorie *value-of-children-approach* wurde 1970 konzipiert, mit dem Ziel, Erklärungslücken im Fertilitätsverhalten⁴⁶ zu schließen, und tangiert teilweise die ökonomische Sichtweise. Auch eine Basisannahme der evolutionären Anthropologie, die Freude an Interaktion mit den Kindern, greift der Ansatz auf und wird mit kulturellen Mustern beziehungsweise Ideen erweitert. Der Ansatz geht auf HOFFMANN und HOFFMANN (1973) zurück und geht davon aus, dass „...*das generative Verhalten vor allem durch die Motivation eines Individuums, ein Kind zu zeugen bzw. dies nicht zu tun, determiniert.*“ (Krätschmer-Hahn 2012,72; Herv: d. A. S.) ist. Die einzelnen Komponenten zu dem Wert von Kindern werden dabei wie folgt kategorisiert:

- „1. *Erwachsenenstatus und soziale Identität,*
2. *Fortleben der eigenen Person in den Kindern,*
3. *Religiöse, ethische und soziale Normen,*
4. *Familiäre Bindung,*
5. *Suchen neuer Erfahrungen,*
6. *Kreativität und Leistung,*

⁴⁶ Eine andere Theorie (John Callwell) sieht die Ursache des Rückgangs der Geburten während des ersten demographischen Übergangs im Wechsel von positiven zu negativen materiellen Erträgen (verursacht durch u. a. Verbot der Kinderarbeit, Schulpflicht). Die innerfamiliären Ressourcenströme drehen sich um und fließen nun vermehrt von den Eltern zu den Kindern. Unter anderem greift die *value-of-children-Theorie* diese Ausgangspunkte auf und integriert den psychischen Nutzen von Kindern (statt materieller Nutzen). Menschen benötigen die soziale Interaktion mit anderen Menschen. „*Interaktionen mit Kindern ermöglichen dies ebenso wie Partnerschaften oder Freundschaften, während Interaktionen in anderen Bereichen der funktional differenzierten Gesellschaft diese Leistung nicht bereitstellen können.*“ (Ehrhard, Huinink, Kohli 2012, 92, Herv. d. A. S.) (vgl. ebd.)

7. *Macht und Einfluss*,
8. *Sozialer Vergleich und Wettbewerb*,
9. *Ökonomischer Nutzen*. “ (Nauck 2001, 410, Herv. d. A. S.)

und in einem Modell integriert, das auch andere Faktoren, wie Kosten von Kindern, berücksichtigt.⁴⁷ (vgl. Nauck 2001, 410/ Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 93/ Krätschmer-Hahn 2012,72)

Dieser Ansatz wurde seitdem in mehrfacher Hinsicht weiterentwickelt. B. NAUCK verbindet 2001 diese Theorie mit der **Theorie sozialer Produktionsfaktoren**, in dem Kinder zur Befriedigung von Grundbedürfnissen der Eltern beitragen – ein Modell rational begrenzten Verhaltens. Kinder sind als „strategische Zwischengüter“ (Nauck 2001, 407, Herv d. A. S.) konzipiert, die für die Nutzung (1.) der Arbeit und des Einkommens, (2.) der Versicherung zur Steigerung des psychischen Wohlbefindens, (3.) den sozialen Status und (4.) des emotionalen Wohlbefindens bzw. zur Steigerung der sozialen Anerkennung⁴⁸ der Eltern beitragen. Die historische Betrachtung der Dimensionen fällt unterschiedlich aus, wobei die ersten drei Nutzendimensionen einer typischen Ausprägung der Analyse unterliegen. Ebenso wie ökonomische Theorien geht die **value-of-children Theorie** davon aus, dass es durch den Wandel zur modernen Wohlfahrtsgesellschaft zu einer Umgewichtung der drei Dimensionen gekommen ist. Heute kann auch schon mit weniger Kindern ein psychischer Nutzen für die Eltern, der die anderen Dimensionen stark dominiert, erreicht werden. (vgl. ebd.)

Der Ansatz prognostiziert eine hohe Anzahl an Kindern, wenn der **materielle Nutzen** (1.) der Kinder für Eltern wichtig ist. Der Zeitpunkt der Erstgeburt ist dabei nach vorn verlagert und die Eltern streben durch starke soziale Kontrolle die lebenslange Loyalität der Kinder an. Wenn hingegen optimale Bedingungen das Aufwachsen der Kinder im Vordergrund steht, dann ist der **psychische Nutzen** (2.) dominant. Um die Investitionen, wie Individualität oder Autonomie, bei Kindern sicherzustellen, geht der Ansatz davon aus, dass erst nach Abschluss einer Berufsausbildung und dem Einstieg in das Erwerbsleben eine Elternschaft angestrebt wird. Muster traditionellen Verhaltens werden über die Dimension des **sozialen Status** (3.)

⁴⁷ Als kritisch anzumerken ist, dass keine ausreichende Kosten-Nutzen-Funktion sichtbar wird; als Vorteil, dass neben den negativen Aspekten der Fortpflanzung auch positive Determinanten Beachtung finden und benannt werden. (vgl. Krätschmer-Hahn 2012, 72)

⁴⁸ Dieser Nutzen trifft zu, wenn Elternschaft Gegenstand sozialer Normen ist und durch andere dementsprechend gewürdigt beziehungsweise geschätzt wird. Folglich bildet dies ebenso die Basis für soziale Anerkennung und sozialen Status. (vgl. Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 92)

erklärbar und darüber hinaus auch in modernen Gesellschaften mit besonders früher Elternschaft verbunden. Hier werden zum einen fehlende Chancen und Möglichkeiten, wie in Ausbildung beziehungsweise Beruf, als Kompensation durch Elternschaft genutzt⁴⁹. Zum anderen wird über den sozialen Status eine Erklärung für eine enorme materielle Verausgabung bei Kinderartikeln sowie eine geringe Orientierung am Arbeitsmarkt von Frauen (Modell des Alleinverdieners) herangezogen. (vgl. Nauck 2001, 407/ Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 91 ff.)

Von P. MCDONALD wurde ein weiterer soziologischer Versuch der Erklärung für das Fertilitätsverhalten entwickelt. In dem unterschiedlichen Fertilitätsverhalten im internationalen Vergleich sieht er den Wandel der Geschlechterrollen, besonders der sozialen Normen der Arbeitsteilung. Damit einhergehend verknüpft er die Fragestellung, wie dies wohlfahrtsstaatlich sowie institutionell organisiert ist und inwieweit es erleichtert oder erschwert wird, einen Kinderwunsch zu realisieren. Ihm zufolge stehen Frauen im inneren Konflikt: einerseits ausgelöst durch guten Zugang zu Bildung sowie teilweise auch zum Arbeitsmarkt; andererseits durch die in der Familienpolitik starke Orientierung am traditionellen Familien- und Geschlechtermodell. Meist entscheiden sich Frauen für ein unabhängiges Leben und somit für die Erwerbskarriere. Auch einhergehend damit sind die immer steigenden Erwartungen an Männer hinsichtlich der Haus- und Familienarbeit. Die Gleichstellung muss daher auf beiden Ebenen, Frauen wie Männern, bezüglich der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und der familialen Betreuungsarbeit von Kindern stattfinden. (vgl. Ehrhard, Huinink, Kohli u. a. 2012, 93)

3.2 Aktuelle Zahlen zur Fertilität

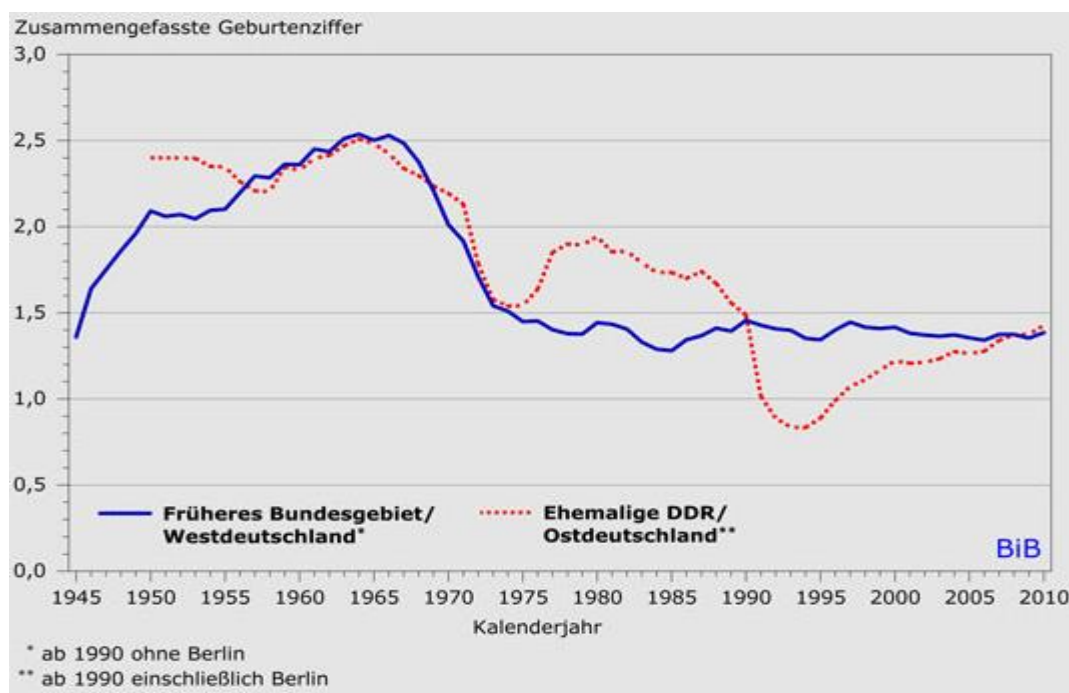
3.2.1 Statistische Zahlen zur Perioden- und Kohortenfertilität

Bereits Anfang 1930 ist die Periodenfertilitätsziffer in Deutschland unter das Bestandhaltungsniveau gefallen. Die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) lag 1933 bei 1,66. Wie Abbildung 6 deutlich macht, stieg diese nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Babyboom rasant an und erreichte zwischen 1963 und 1967 ihr höchstes Niveau von 2,5. Ende 1960 beziehungsweise Anfang 1970 setzte der zweite Geburtenrückgang ein und 1975 fiel die TFR unter ein Niveau von 1,5. In der ehemaligen DDR stieg die Periodenfertilität an und erreichte 1985 ihren Höchststand von 1,9 und fiel nach der Wiedervereinigung auf ein Rekordtief von 0,77, in den Jahren 1993 und 1994. Diese Geburtenentwicklung in den neuen Ländern wird

⁴⁹ Weitere Kompensationsversuche durch sehr frühe Elternschaft sind z. B. eine ungenügende Sozialisation durch „...nicht erfolgte Abkopplung von Sexualverhalten und Fortpflanzung.“ (Ehrhard, Huinink, Kohli 2007, 93, Herv. d. A. S.) oder der schnelle Auszug aus einem unbefriedigenden Elternhaus. (vgl. ebd.)

als *demographischer Schock* beschrieben. Im Jahr 2008 erreichte die TFR erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg in den alten und neuen Bundesländern einen gleichen Wert von 1,38. Dass dennoch zwischen beiden Teilen Deutschlands Differenzen im Geburtenverhalten bestehen, ist auf die unterschiedlichen sozialen, kulturellen, ökonomischen und institutionellen Besonderheiten, die sich in den 40 Jahren der Trennung gebildet haben, zurückzuführen. Seit 1974 stagniert die Geburtenziffer in Deutschland relativ stabil auf einem niedrigen Niveau von unter 1,5, mit der Ausnahme von Ostdeutschland. (vgl. Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 122 ff.)

Abb. 6: Periodenfertilität für Ost- und Westdeutschland, 1945 bis 2010



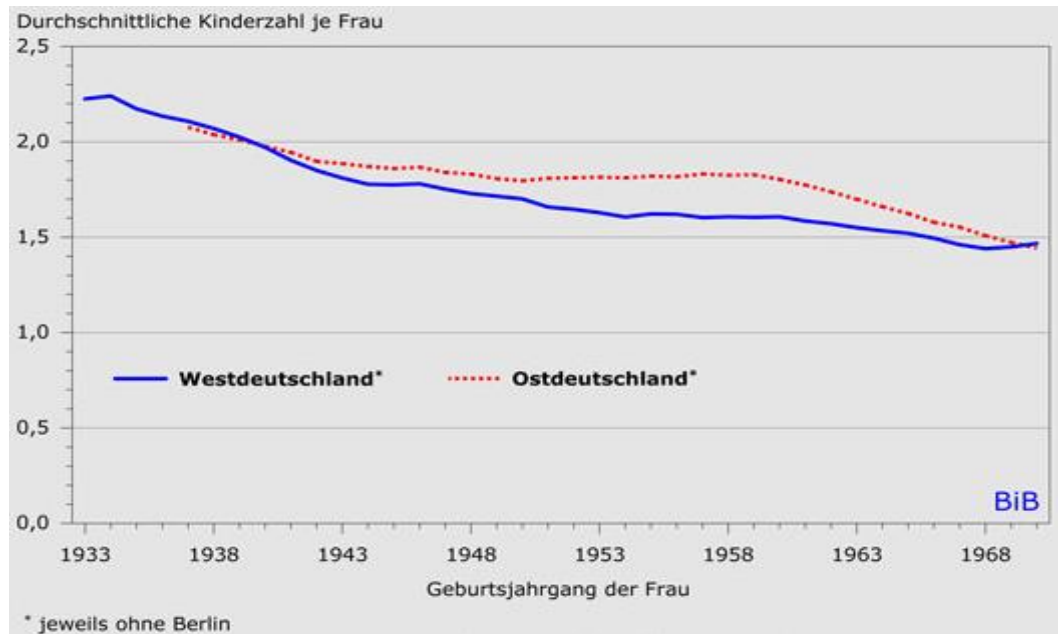
Quelle: BiB 2012, Zusammengefasste Geburtenziffer Ost- und Westdeutschland

Für 2010 ist die Periodenkennziffer von 1,39 und für 2011 von 1,36 (jeweils für Gesamtdeutschland) angegeben worden. (vgl. Statistisches Bundesamt 2013/ ebd. 2013)

Werden die statistischen Werte der Perioden- und Kohortenfertilität gegenübergestellt (Abb. 6 und Abb. 7), so ist erkennbar, dass sich eine Veränderung des Fertilitätsverhaltens der um 1930 geborenen Frauen, welche noch eine Kohortenfertilitätsziffer von 2,2 aufweisen, darstellt und einen Wendepunkt im Fertilitätsverhalten markiert. Die Fertilität nimmt seit diesen Frauen der Geburtskohorte um 1930 konstant ab. „Die Frauen der Geburtskohorte 1965, die ihre Fertilität weitgehend abgeschlossen haben, weisen für Westdeutschland eine Kohorten-

fertilität von 1,5 und für Ostdeutschland ... von 1,6 Kindern pro Frau auf.“ (Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 124, Herv. d. A. S.).

Abb. 7: Kohortenfertilität der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1970 für Ost- und Westdeutschland (Stand: 2010)⁵⁰



Quelle: BiB 2012, Endgültige Kinderzahl je Frau

Deutlich wird bei der Gegenüberstellung auch, dass die Periodenfertilität unter der entsprechenden Kohortenfertilität liegt. Diese Differenzen werden erstens durch den angenommenen hypothetischen Wert der Periodenfertilität verursacht und folglich zweitens durch den Anstieg des Erstgeburtenalters, den sogenannten *Tempo-Effekt*, verursacht. Wird eine tempokorrigierte Fertilitätsziffer hinzugezogen, so liegt der korrigierte Durchschnittswert für den Zeitraum 2005 bis 2007, nach unter anderem Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld, zwischen 1,6 und 1,7 sowie nach den Berechnungen des Max-Planck-Institutes, für den Zeitraum von 2001 bis 2008, bei einem Wert von 1,6. Des Weiteren geht das Max-Planck-Institut davon aus, dass es zu einer Trendumkehr ab der Geburtskohorte 1970 kommt und rechnet dabei mit einer wieder steigenden Geburtenzahl. (vgl. Max-Planck-Institut 2011/ Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld 2012, 124)

⁵⁰ Anmerkung: Für einige Jahre liegen keine erhobenen Daten vor, weshalb die Zwischenjahre geschätzt wurden. (vgl. BiB 2012, Endgültige Kinderzahl je Frau)

Abb. 8: Kohortenfertilität für Ost- und Westdeutschland, ab 1961 Vorausberechnungen



Quelle: Max-Planck-Institut 2011

3.2.2 Fertilität und Familienentwicklung

Da die *Periodenfertilitätsziffer* einen hypothetischen Wert angibt, ist die *Kohortenfertilitätsziffer* wesentlich besser geeignet, die Veränderungen bezüglich der Familiengröße und der Kinderzahl zu erfassen und zu analysieren⁵¹. (vgl. Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 127)

In Deutschland hat die Anzahl der Drei-und-mehr-Kind-Familien abgenommen, während der Anteil der kinderlosen Paare zugenommen hat. Der Anteil der Drei-und-Mehr-Kind-Familien der 1940er Kohorte sinkt konstant und liegt in Westdeutschland bei ungefähr 32 Prozent sowie in Ostdeutschland bei etwa 24 Prozent. Der Anteil kinderloser Frauen, ab der Geburtskohorte 1940, steigt stetig an (Westdeutschland). Die Betrachtung der historischen Fertilität zeigt, dass Kinderlosigkeit keine neue Erscheinung der Moderne ist, sondern dass der Anteil der auf Lebenszeit kinderlosen Frauen zu Anfang des 20. Jahrhunderts teilweise höher als heute war. Frauen, die heute 48 Jahre alt sind (Kohorte 65) und deren reproduktiver Zyklus überwiegend abgeschlossen ist, weisen eine Kinderlosigkeit in Westdeutschland in Höhe von 22 Prozent auf und in Ostdeutschland beträgt der Anteil circa 11 Prozent. Damit nimmt Ost-

⁵¹ Die Analyse bezieht sich auf die Kohorten von 1900 bis 1968 (vgl. ebd., 129)

deutschland eine Sonderstellung ein. Die Kohorte der 1970er Jahre geborenen Frauen in Westdeutschland weist einen konstatierten Wert von 23 Prozent auf. (vgl. ebd. 127 ff.)

Die Anzahl der Zwei-Kind-Familien stieg in Deutschland stetig an, wobei ab 1940 ein Wert von etwa 40 Prozent erreicht wurde. Die Zwei-Kind-Familie war in der DDR die dominierende Familienform. Jede zweite Frau der Kohorte 1958 hatte am Ende ihrer reproduktiven Phase zwei Kinder zur Welt gebracht. Die Anzahl der kinderlosen Frauen stieg mit der Geburtskohorte 1970 in Ostdeutschland an, liegt aber weiter unter der Westdeutschlands. Weiterhin existiert ein hoher Anteil von über 30 Prozent von Frauen mit einem Kind und ein geringer Anteil mit drei oder mehr Kindern. Die Ein-Kind-Familien liegen jedoch unter der Anzahl der Zwei-Kind-Familien, die immer noch über 40 Prozent der Familienformen ausmachen. (vgl. ebd., 128 ff.)

In Deutschland lässt sich ein reziproker Verlauf erkennen. In Westdeutschland blieben 22 Prozent des Geburtsjahrgangs 1965 kinderlos, während sich in Ostdeutschland der Anteil Drei-und-mehr-Kinder-Familien auf 18 Prozent beläuft. (vgl. ebd., 131)

Tabelle 1: Kinderlosigkeit und Fertilitätsrückgang , Kohorten 1940, 1941, 1965 und 1966

	Deutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland
Endgültige Kinderzahl der Kohorte 1940	1,97	1,99	1,97
Endgültige Kinderzahl der Kohorte 1965	1,55	1,60	1,51
Kinderlosigkeit in Prozent für Kohorte 1940 oder 1941	11	8	12
Kinderlosigkeit in Prozent für Kohorte 1965 oder 1966	21	10	22
Hypothetische endgültige Kinderzahl der Kohorte 1965			
Anteil Kinderloser identisch mit der Kohorte 1940	1,73	1,65	1,71
Fertilitätsrückgang zwischen Kohorte 1940 und 1966 aufgrund steigender Kinderlosigkeit			
Absolut	0,18	0,05	0,20
Relativ (in Prozent)	43	12	44

Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 130

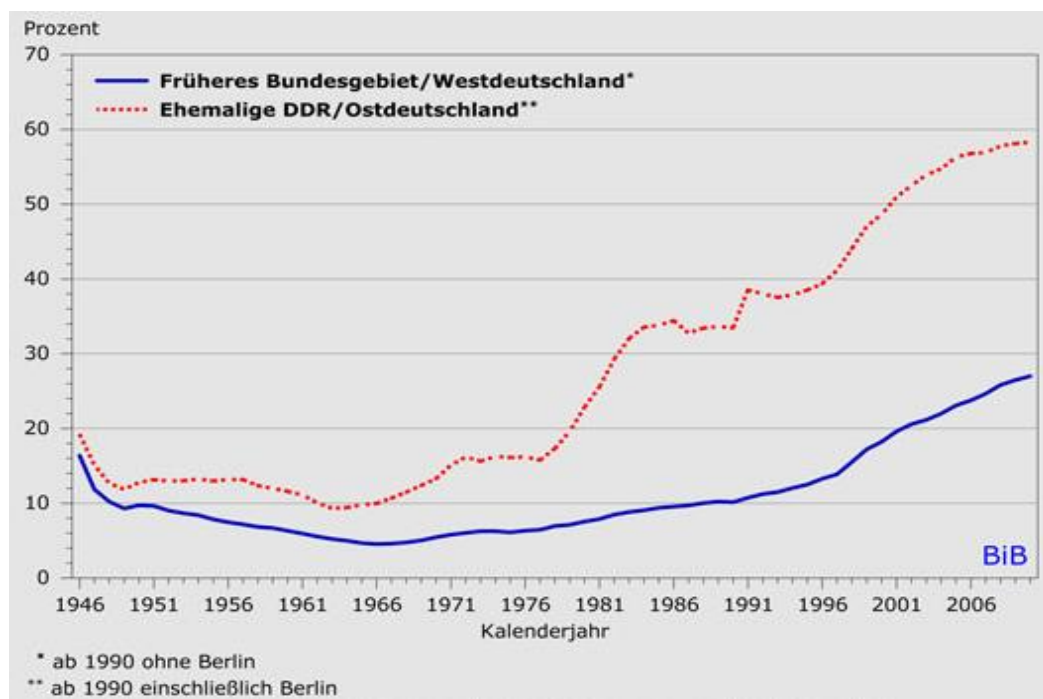
Die zunehmende Kinderlosigkeit in Deutschland wird häufig in Verbindung mit dem Fertilitätsrückgang seit den 1970er Jahren gebracht. Aus der Kohortenperspektive für die Kohorte

1965 unter der Annahme, dass diese identisch mit der Kohorte 1940 ist, lässt sich ableiten, dass dies jedoch weniger signifikant ist als angenommen (Tabelle 1). In Westdeutschland sind die 44 Prozent des Fertilitätsrückgangs auf die ansteigende Kinderlosigkeit zurückzuführen. Der Rückgang um 12 Prozent in Ostdeutschland ist hingegen nicht alleinig mit dem steigenden Anteil an kinderlosen Frauen, sondern besonders mit der sinkenden Zweitgeburtenrate zu erklären. (vgl. ebd., 131)

3.2.3 Paarbeziehungen und Fertilität

Seit dem säkularen Fertilitätsrückgang steigt die Anzahl der unehelichen Geburten in Deutschland. (Abb. 9) Auch nach der Wiedervereinigung lässt sich dieser Anstieg besonders in Ostdeutschland beobachten. Mit rund 60 Prozent ist Ostdeutschland das Land, das die höchste außereheliche Geburtenquote in Europa zu verzeichnen hat. In Westdeutschland vollzog sich dieser Wandel nur allmählich und überschritt erst 2001 die 20 Prozent Grenze. (vgl. Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 135)

Abb. 9: Nichteelichenquote für Ost- und Westdeutschland, 1946 bis 2010



Quelle: BiB 2012, Nichteelichenquote für West- und Ostdeutschland

Die regionalen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland, bezüglich der Nichteelichenquote, sind folglich sehr signifikant und nivellieren sich auch nach 20 Jahren Wiedervereinigung nur langsam. Als Erklärung werden die Ungleichheiten von Erwerbsmustern bei Frauen in den ökonomischen Entwicklungen und in der konfessionellen Zugehörigkeit heran-

gezogen. Eine Trendwende ist nicht zu erwarten, da sich die Freiwilligkeit, eine Ehe einzugehen, und die Fortpflanzung entkoppelt haben. Zudem erfahren nichteheliche Partnerschaften eine immer stärkere gesellschaftliche Akzeptanz. (vgl. ebd., 136)

3.2.4 Die Verbindung von Bildungsstand und Fertilität

Es wird angenommen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Anstieg des Bildungsniveaus bei Frauen und dem Fertilitätsrückgang gibt. Gegenstand der demografischen Diskussion ist die Annahme, dass Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen, die eine Erwerbskarriere anstreben, weniger Kinder bekommen als Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Grund dafür ist, dass die weibliche Erwerbstätigkeit oft unvereinbar mit der Kindererziehung scheint. (vgl. Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 131)

Tabelle 2: Kohortenfertilität und Kinderlosigkeit nach Bildungsabschluss

Daten	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	CFR	Kinderlos	CFR	Kinderlos
Kohorte 1964 bis 1986				
niedrige Bildung	1,97	14,5%		
mittlere Bildung	1,52	21,7%	1,58	9,3%
hohe Bildung	1,31	30,9%	1,56	11,2%

Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Fürnkranz-Prskawetz, Jaschinski, Kreyenfeld u. a. 2012, 130

Die Tabelle 2 zeigt, dass die Kinderlosigkeit bei hoch qualifizierten Frauen höher als bei Frauen mit anderen Bildungsabschlüssen ist. In Westdeutschland ist ab Mitte der 60er Jahre für Frauen der höchsten Bildungskategorie der Wert auf über 30 Prozent gestiegen. Frauen mit geringer Qualifizierung bringen im Durchschnitt zwei Kinder zur Welt. Wenn sich hoch qualifizierte Frauen entscheiden, Kinder zu bekommen, ist die Anzahl der Kinder niedriger. Auch hier stellt Ostdeutschland eine Ausnahme dar, denn es gibt keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf den Bildungsabschluss. (vgl. ebd., 132)

Zudem gehen neuere Forschungen davon aus, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der eigenen Mutter und der Entscheidung für oder gegen Kinder gibt. Innerhalb einer solchen Gruppe von Frauen ist der Bildungsabschluss nur von geringer Bedeutung für die Entscheidung, eine Familie zu gründen, ebenso wie die eigentliche Kinderanzahl.⁵² (vgl. ebd.)

⁵² Anmerkung: Datenquelle Mikrozensus von 2008, 40 bis 44 Jahre zum Zeitpunkt der Befragung. „Die Bildungskategorien sind wie folgt definiert: Westdeutschland/Ostdeutschland: 1. Niedrige Bildung: Haupt- (Volks-)

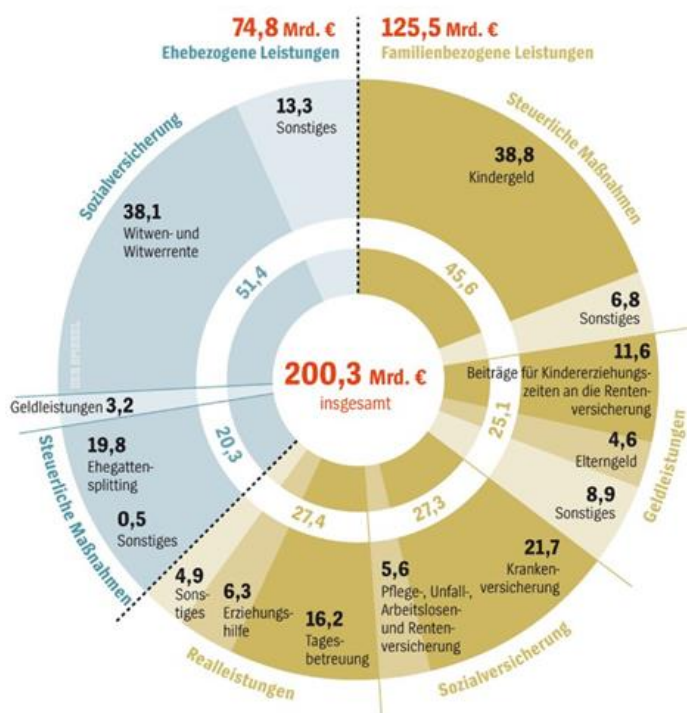
IV FAMILIENPOLITIK UND FERTILITÄT

Nachdem in den vorangestellten Kapiteln die Betrachtung der historischen Fertilität, der bevölkerungspolitischen Diskurse und der theoretischen Konstrukte in den Vordergrund gerückt wurden, werden in diesem Kapitel erstens die Grundlagen über die Wirksamkeit politischer Maßnahmen aufgezeigt und zweitens zwei familienpolitische Einflussfaktoren benannt und ihre Wirksamkeit auf unter anderem das Fertilitätsverhalten beziehungsweise auf die Auswirkungen auf Familien, unter Bezugnahme auf die schon vorliegenden Forschungsberichte, beschrieben.

4.1 Politische Leistungen und Wirksamkeit

Insgesamt wurden 156 politische Einzelmaßnahmen 2010, mit einem Budget von 200,3 Mrd. Euro finanziert (Abb. 12). Das finanzielle Gesamtvolumen ist damit, im Vergleich zu 2009, um 5,4 Mrd. Euro angestiegen. Davon ist insgesamt eine Summe von 125,5 Mrd. Euro in familienbezogene Leistungen geflossen. Die Kosten für die Kinderbetreuung (Realleistung) haben mit 2,3 Mrd. Euro signifikant zugenommen. (vgl. BMFSF 2013, Bestandsaufnahme, 1)

Abb. 10: Ehe- und familienbezogene Leistungen 2010



Quelle: Spiegel 2013, 24

schul-/ Realschulabschluss, Abschluss der Polytechnischen Oberschule, ohne allgemeinen Schulabschluss und ohne beruflichen Ausbildungs- oder Hochschul-/ Fachhochschulabschluss; 2. Mittlere Bildung: Fachhochschul-/ Hochschulreife, Abschluss einer Lehrausbildung, Berufsfachschulen, Kollegschaften; 3. Hohe Bildung: Fachhochschulabschluss, Hochschulabschluss, Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR, Meister-/ Techniker-ausbildung, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Meister-/ Techniker-ausbildung, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Promotion.“ (ebd., 133, Herv. d. A. S.)

Die große Anzahl der familienbezogenen Leistungen begründet das BMFSFJ mit der zunehmend komplexen Lebenswelt von Familien, welche das Zentrum der deutschen Gesellschaft bilden und damit auch ein Ausgleich zwischen Familien mit Kindern sowie Kinderlosen geschaffen werden soll. (vgl. BMFSF 2013, Bestandsaufnahme, 1) Eine angepasste Ausrichtung der politischen Maßnahmen ist ebenso notwendig, da die Komplexität durch den kulturellen und gesellschaftlichen Wandel - der unter anderem mit der Nivellierung von Erwerbstätigkeit zwischen Männern und Frauen einhergeht, mit differenzierten Formen des Zusammenlebens, mit erhöhten Anforderungen an Ausbildung und Bildung, mit einer immer fortschreitenden Flexibilität und schlussendlich auch einem Anstieg von prekären Lebensumständen von Familien - gekennzeichnet ist. (vgl. Rainer, Bauernschuster, Danzer u. a. 2012, 10 ff.)

Eine Überprüfung mithilfe einer umfassenden und systematischen Analyse der Wirksamkeit dieser Maßnahmen auf ihre familienpolitischen Ziele wurde in einer Gesamtevaluation vom BMFSFJ sowie dem BMF 2009 in Auftrag gegeben und erfolgt derzeit teilweise noch. *„Es wird untersucht, inwiefern die Leistungen zur wirtschaftlichen Stabilität der Familien, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Wahlfreiheit, zur guten Entwicklung und frühen Förderung von Kindern sowie zur Erfüllung von Kinderwünschen beitragen.“* (BMFSF 2013, Bestandsaufnahme, 1, Herv. d. A. S.) (vgl. ebd./ BMFSF 2012, 42) Die empirischen Forschungsstudien geben demzufolge Aufschluss über:

1. Vereinbarkeit von Beruf und Familie
2. Wirtschaftliche Stabilität, Armut und Armutsgefährdung
3. Soziale Teilhabe von Familien
4. Fertilität. (vgl. Rainer, Bauernschuster, Danzer u. a. 2012, Inhaltsverzeichnis / Rainer, Bauernschuster, Auer u. a. 2011, Inhaltsverzeichnis)

Grundsätzlich ist Familienpolitik in der Lage, Effekte im Fertilitätsverhalten der Bevölkerung zu erzeugen. Dies kann beispielsweise über monetäre Anreize, wie durch Senkung der direkten und indirekten Kosten von Elternschaft, in Form von Geld- oder Sachleistungen, erreicht werden. Diese Anreize stehen jedoch in Korrelation zu den familienbezogenen Anschauungen der Bevölkerung. Mikroökonomische Forschungen gehen von einem komplexen Gleichgewicht von vier korrelierenden Merkmalen⁵³ aus, weil kulturelle Werteeinstellungen von gro-

⁵³ Untersuchungen auf der Makroebene: *„...dass es im Mehrländervergleich ein gewisses Clustering von Ländern mit niedriger Fertilitätsrate, niedriger Frauenerwerbsquote, niedriger Inanspruchnahme-Rate externer Kinderbetreuung und hohem geschlechtsspezifischen Lohnunterschied einerseits und andererseits Ländern mit jeweils gegenteiligen Ausprägungen auf diesen vier Merkmalen gibt.“* (Boll, Bonin, Gerlach u. a. 2013, 143, Herv. d. A. S.)

ßer Bedeutung bei der Wirksamkeit von politischen Maßnahmen sind. Dieses Gleichgewicht kann „...*nur durch einen Einstellungsschock verlassen werden kann, sodass politische Entscheidungsträger ein Interesse an der Beeinflussung von Einstellungen haben müssten.*“ (Boll, Bonin, Gerlach u. a. 2013, 143, Herv. d. A. S.). Das Fertilitätsverhalten sowie die Opportunitätskosten können aus diesem Blickwinkel, durch einen stattfindenden Einstellungswandel der Bevölkerung, verändert werden. Für die Wirksamkeit von Familienpolitik relevant sind daneben auch die Erwartungshaltungen gegenüber dieser Politik. Letztendlich müssen diese Maßnahmen ausreichend bekannt sein und eine Akzeptanz in der Bevölkerung erfahren, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. (vgl. ebd., 142 ff.)

4.1.1 Kindergeld und Kinderfreibetrag

Eine Maßnahme stellt das Kindergeld beziehungsweise der Kinderfreibetrag dar. Der Staat finanzierte diese monetären Leistungen mit circa 41 Mrd. Euro im Jahr 2010, aus steuerlichen Mitteln. Das Kindergeld wurde 1950 in Deutschland eingeführt und anfänglich nur für das dritte Kind gezahlt. Es wurde in mehreren Schritten reformiert und wird heute ab dem ersten Kind geleistet. Das Kindergeld stellt neben den Kinderfreibeträgen eine Säule der monetären Familienleistungen dar. Die Kinderfreibeträge sind ein Instrument der Steuerfreistellung, um die von Kindern verursachte, verminderte Leistungsfähigkeit von Familien aufzufangen und die horizontale Steuergerechtigkeit herzustellen. Aus diesem Grund darf keine Besteuerung bis zur Höhe des Existenzminimums einer Familie durchgeführt werden. Für Eltern wird diese Steuerentlastung über die Grundfreibeträge durchgeführt. Für die Kinder wird dieser Effekt entweder über die Zahlung von Kindergeld sichergestellt oder es werden die entsprechenden Freibeträge bei der Steuerlast der Eltern gegengerechnet. (vgl. Rainer, Bauernschuster, Danzer u. a. 2012, 10)

Das Kindergeld beträgt 184 Euro monatlich für das erste und zweite Kind, für das dritte Kind werden 190 Euro gezahlt und für jedes weitere Kind 215 Euro. Eltern erhalten für ihre Kinder diese Leistung bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, für in der Lehrausbildung oder in einem Freiwilligendienst aller Generationen teilnehmende Kinder bis zum 25. Lebensjahr. Für arbeitslose Kinder wird bis zum 21. Lebensjahr Kindergeld gezahlt. Zahlungen nach dem 18. Lebensjahr werden nur unter Berücksichtigung der Einkommen geleistet. Der zurzeit geltende Kinderfreibetrag pro Elternteil beträgt 3504 Euro je Kind. Auszahlungsberechtigt sind in der Regel die zuständigen Familienkassen der Agentur für Arbeit. (vgl. ebd., 16)

Das *ifo-Institut* hat im Rahmen der *Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen* in Deutschland, in Bezug auf das Kindergeld beziehungsweise die Kinderfreibeträge, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Stabilität, die soziale Teilhabe sowie die Fertilität untersucht⁵⁴. Die Hauptaussage des Forschungsberichts konstatiert eine Verschiebung, von Vollzeittätigkeit zu mehr Teilzeittätigkeit von Müttern, infolge einer Erhöhung des Kindergeldes. Ein Anstieg der Teilzeitbeschäftigung ist statistisch deutlich nachweisbar, unter Beachtung der teilweisen Senkung der Vollzeitbeschäftigung wie auch der durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden. Schlussfolgernd stellen die Untersuchungen fest, dass es zu einer Verringerung der Arbeitszeit der Mütter durch eine Kindergelderhöhung kommt. Es wird angenommen, dass die Höhe des Kindergeldes auch Effekte auf das Fertilitätsverhalten hat. In Anlehnung an die ökonomische Theorie der Fertilität kann davon ausgegangen werden, dass eine Erhöhung des Kindergeldes für Neugeborene, unabhängig vom Erwerbsstatus oder Bildungsgrad der Mutter, wie eine pauschalisierte Einkommenserhöhung wirkt und folglich auch zu einer Steigerung der Fertilitätsrate führt. (vgl. ebd., 16/ 161 ff.)

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation von Familien sind keine Verbesserungen sichtbar. Die Erhöhung bleibt weitgehend wirkungslos, da die Veränderung der Erwerbszeit auch das Erwerbseinkommen senkt. Potentiell positive Effekte wurden bei der Geburtenwahrscheinlichkeit für Frauen aus dem niedrigen Bildungsbereich gemessen. Letztendlich führt einer Erhöhung der Kindergeldtransferleistungen durch die gesenkte Erwerbszeit zu höheren indirekten Kosten (niedrigere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen) des Staates. Die direkten Kosten der Erhöhung werden, Schätzungen zufolge, durch die indirekten Kosten verdoppelt. „...*Kindergeld als familienpolitische Maßnahme verursacht trotz der auf den ersten Blick neutralen Ausgestaltung Verhaltensreaktionen der Eltern. Ein höheres Nichterwerbseinkommen kann die Handlungsfreiheit bei der Zeitgestaltung von Familien erhöhen. Verringerter Arbeitszeiten sind die wahrscheinliche Folge, die zwar potenziell zu mehr Zeit mit Kindern führen kann, andererseits aber die tatsächlichen Kosten des Kindergeldes substantiell erhöht.*“ (ebd., 162, Herv. d. A. S.) (vgl. ebd., 161 ff.)

⁵⁴ Die Wirkungsanalyse wurde unter Zuhilfenahme einer Reform des Kindergeldes 1996 durchgeführt, um kausale Zusammenhänge, die eine Erhöhung des Kindergeldes mit sich bringt, zu erkennen bzw. benennen zu können. Für die Bildung von *Treatmentgruppen mit Eltern* und *Kontrollgruppen mit Kinderlosen* wurden für die empirische Untersuchung die Dateninformationen des *Sozioökologischen Panels (SOEP)* genutzt, die als Basis für die *Differenz-in-Differenz Schätzungen* dienen. (vgl. Rainer, Bauernschuster, Danzer 2012, 161)

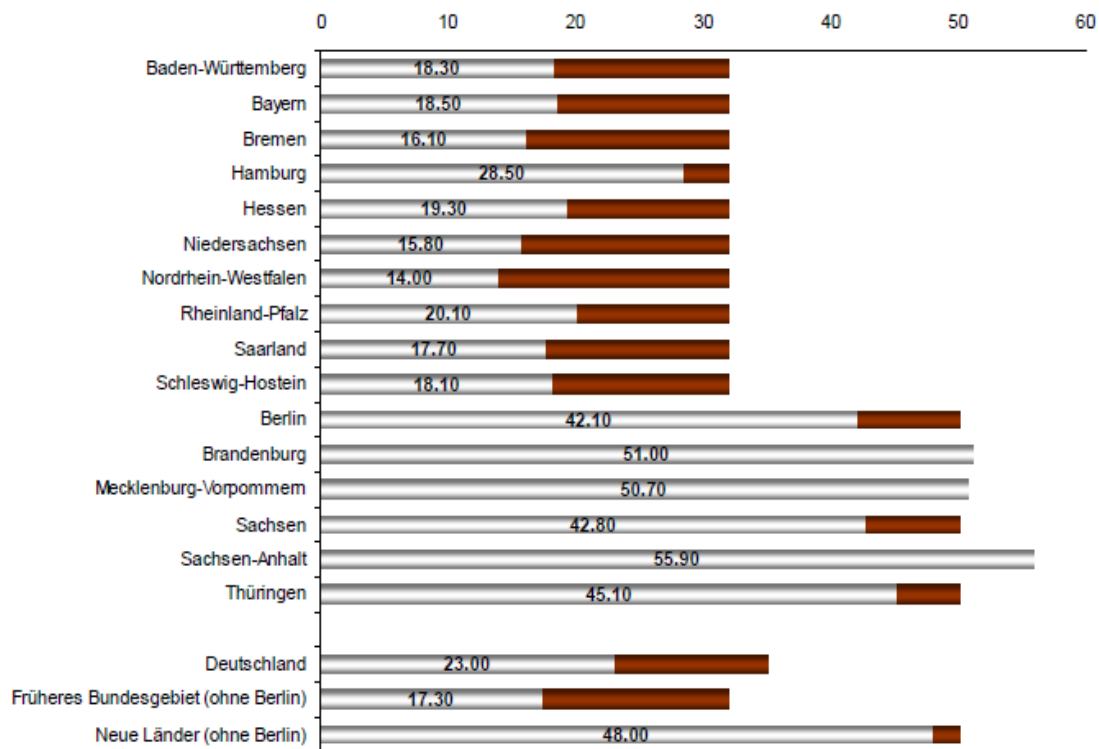
4.1.2 Betreuungsangebot

Die Darstellung der Infrastrukturen der Fremdbetreuung in Kindertagesstätten erfolgt umfangreicher, da zuerst ein Blick auf die bestehenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren gelegt wird, um in einem zweiten Schritt herauszustellen, inwieweit ein Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten unter anderem Einfluss auf das Fertilitätsverhalten hat.⁵⁵

Seit dem 1. Januar 1996 existiert ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem dritten Lebensjahr. Da die Betreuung für Kinder unter drei Jahren vermehrt in den Fokus öffentlichen Interesses rückte, entschloss sich die Bundesregierung, bis zum Herbst 2010 noch 230.000 zusätzliche Plätze bei Tagesmüttern/Tagesvätern oder in Kindertageseinrichtungen einzurichten. Davon waren 21 Prozent als Betreuungsquote für die Kinder unter drei Jahren angedacht. Im Jahr 2007 beschlossen der Bund, die Länder und Kommunen gemeinsam, bis 2013 durchschnittlich für 35 Prozent der Kinder im Krippenalter Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen. Im Kinderförderungsgesetz vom Dezember 2008 ist ein Gesetzesanspruch verankert, nachdem jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz hat. (vgl. Rainer, Bauernschuster, Auer u. a. 2011, 10)

Die zurzeit zur Verfügung stehenden öffentlichen Betreuungsplätze vom Stand des 01. März 2010 sind, in der Abbildung 11, für die einzelnen Bundesländer sowie für Gesamt-, Ost- und Westdeutschland, aufgeführt. Die roten Balken stellen dabei die noch benötigten Betreuungsplätze, die bis August 2013 geschaffen werden sollen, dar. In den alten Bundesländern soll dabei ein Ausbau auf insgesamt 32 Prozent, in den neuen Bundesländern dagegen bis auf 50 Prozent, realisiert werden. Der Bedarf orientiert sich dabei an den regional benötigten Betreuungsplätzen. Die Differenzen zwischen den Ausbauzielen und den vorhandenen Plätzen im März 2010 betrug im alten Bundesgebiet 14,7 Prozent und im neuen Bundesgebiet 2,0 Prozent und macht die hohen regionalen Unterschiedlichkeiten deutlich. (vgl. ebd., 26)

⁵⁵ Anmerkung: In Anlage 5 : Zusammenstellung von internationalen Studien zu den Effekten der Kinderbetreuung

Abb. 11: Die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (Stand 01.03.2010) sowie Ziele des Ausbaus

Quelle: Rainer, Bauernschuster, Auer u. a. 2011, 27

Als Probleme beim Betreuungsplatzausbau werden in Westdeutschland strukturelle und monetäre Rahmenbedingungen, wie eine ungenügende Anzahl an Fachpersonal sowie eine unzureichende finanzielle Unterstützung durch das Land genannt. Da in Ostdeutschland der Ausbau lediglich 2 Prozent beträgt, fokussieren sich diese Länder besonders auf die Verbesserung der Qualität der Betreuung und den Ausbau des Fachpersonals. In Gesamtdeutschland geben die Jugendämter (40 Prozent Ostdeutschland, 60 Prozent Westdeutschland) an, nicht über die benötigten finanziellen Mittel zu verfügen, wie sie für den Ausbau der Betreuungsplätze bei Tagesmüttern beziehungsweise Tagesvätern benötigt werden. (vgl. ebd., 27 ff.)

Daten von 2009 bestätigen die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland. So wurde zu Beginn 2009 in Westdeutschland eine Betreuungsquote der unterschiedlichen Landkreise zwischen 5 und 25 Prozent konstatiert. Lediglich 7 von 326 Landkreisen erreichten eine Quote von 25 Prozent. Demgegenüber wurde in Ostdeutschland in fast allen Landkreisen eine Betreuungsquote von 25 Prozent erreicht. (vgl. ebd.)

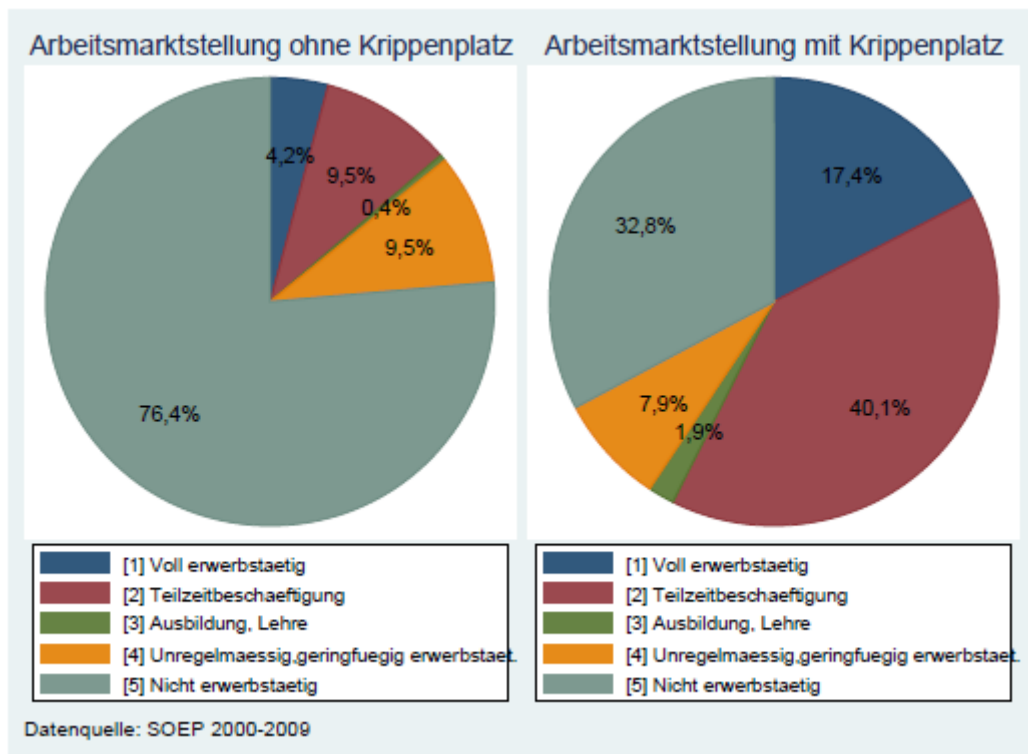
Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung verfolgt die Familienpolitik mehrerer Ziele gleichzeitig. Wenn es um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** geht, sollen vermehrt Mütter nicht mehr vor einer Entweder-Oder-Entscheidung stehen. Zudem sollen die **Teilhabemög-**

lichkeiten, die **wirtschaftliche Stabilität von Familien** und die **Verwirklichung von Kinderwünschen** mit dem Ausbau der Betreuungsplätze verbessert werden. Studien zum Einfluss der Kinder auf die Berufstätigkeit der Eltern konstatieren, dass sich Mütter bei der Ausrichtung ihrer Berufstätigkeit meist einschränken, auch weil Kinder der Betreuung durch mindestens eine Bezugsperson bedürfen. Frauen sind durch die Geburt eines Kindes nach wie vor bedeutend stärker in ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt als Männer. Auch hier kommt die ökonomische Theorie zum Tragen. Kinder erhöhen die Opportunitätskosten, die indirekten Kosten, für beispielsweise Betreuung und Aufwand, um dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Ohne Fremdbetreuungsalternativen können Mütter der Erwerbstätigkeit nicht nachgehen. Auch mit einer Teilzeitbetreuung ist es in Familien kaum möglich, dass die Eltern einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Auch hat bei der Entscheidung der Eltern für eine institutionelle Betreuung die Qualität der Betreuung Einfluss. (vgl. ebd., 10 ff.)

Ob- und inwieweit Mütter einer Erwerbsarbeit nachgehen, ist abhängig, neben der Verfügbarkeit, der Ausgestaltung und der Qualität, von den Kosten einer alternativen Betreuung. Des Weiteren können Müttern direkte Kosten zusätzlich zu den Opportunitätskosten als „...eine Art *“Steuer“ auf den mütterlichen Erwerbslohn ...“*“ (ebd., 13, Herv. d. A. S.) entstehen. Bei kostenfreien oder kostengünstigen, alternativen Betreuungen kann davon ausgegangen werden, dass die Erwerbsbeteiligung von Müttern steigt. (vgl. ebd., 13)

Ein weiterer wichtiger Einflussfaktor auf das Erwerbsverhalten von Müttern ist die kostenfreie Unterstützung durch die Familie. „*Ein intaktes soziales Netzwerk kann durchaus einen Mangel an anderen formalen Betreuungsangeboten kompensieren und Betreuungslücken schließen.*“ (ebd., 13, Herv. d. A. S.) Bei solchen Netzwerken hätte der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze keine Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Müttern. Die Anzahl der Kinder kann durch die Erweiterung des institutionellen Betreuungsangebots beeinflusst werden. Gemäß der ökonomischen Theorie wird angenommen, dass durch den Ausbau kostenloser oder kostengünstiger institutioneller Betreuungsplätze die Fertilität positiv beeinflusst wird.⁵⁶ (vgl. ebd., 13 ff.)

⁵⁶ Ein Ausbau der öffentlichen Betreuungsplätze könnte sich auch negativ auf die Opportunitätskosten von Müttern, bei weiteren Kindern, auswirken. (vgl. Rainer, Bauernschuster, Auer u. a. 2011, 14)

Abb. 12: Erwerbstätigkeit von Müttern der unter 3-jährigen

Quelle: Rainer, Bauernschuster, Auer u. a. 2011, 35

In Abbildung 12 wird deutlich, dass 76,4 Prozent der Mütter dem Arbeitsmarkt fern sind, wenn für die unter 3-jährigen keine Betreuungsplätze (links) zur Verfügung stehen beziehungsweise nicht genutzt werden. Diese Mütter arbeiten lediglich 9,5 Prozent in Teilzeit, während ein noch marginalerer Anteil von 4,2 Prozent einer Vollzeittätigkeit nachgeht. Wenn jedoch Betreuungsplätze vorhanden sind und diese genutzt werden, wirkt sich dies direkt auf die Erwerbstätigkeit von Müttern aus. Es sind 32,8 Prozent der Mütter mit Betreuungsplatz nicht erwerbstätig und 40,1 Prozent sind in Teilzeit beschäftigt sowie weitere 17,4 Prozent in Vollzeit. Mit 9,5 Prozent geringfügiger Beschäftigung liegt der Anteil nur geringfügig über der Anzahl der Mütter ohne Betreuungsplatz mit 7,9 Prozent. (vgl. ebd., 34)

Zusammenfassend wird beschrieben, dass die Mütter, die ihr unter 3-jähriges Kind in einer Kindertagesstätte fremd-betreuen lassen, eine Wahrscheinlichkeit von 34,9 Prozent haben, erwerbstätig zu sein. Diese Mütter arbeiten durchschnittlich 12,17 Stunden pro Woche mehr und dadurch steigt das Erwerbseinkommen um 697,67 Euro brutto an. Die Schätzungen des Forschungsberichts zeigen, dass sich diese positiven Beschäftigungseffekte hauptsächlich durch das Verschieben von Nicht-Erwerbstätigkeit zur Erwerbstätigkeit in Teilzeit, in einer erhöhten wirtschaftlichen Stabilität von Familien spiegeln. Der Bezug von Transferleistungen nach Sozialgesetzbuch II sinkt mit der Nutzung eines öffentlichen Betreuungsplatzes um 7,7

Prozent gegenüber den Müttern, die diesen nicht beanspruchen. Weiter werden nur marginale Effekte bei der sozialen Teilhabe von Familien konstatiert. Bezüglich der Fertilität können jedoch positive Effekte beschrieben werden. Beträgt der Ausbau der Betreuungsplätze 10 Prozent, so ist mit einem potenziellen Fertilitätsanstieg von ungefähr 2,4 Prozent im gleichen Jahr und circa 3,5 Prozent im Folgejahr zu rechnen. (vgl. ebd., 232)

V SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die vorliegende Bachelorarbeit hatte zur Aufgabe, die Kinderlosigkeit aus historischer Perspektive zu betrachten, um herauszufinden, inwieweit niedrige Geburtenraten eine Erscheinung der Moderne sind, welche theoretischen Ansätze die Ursachen der niedrigen Fertilität erklären und wie familienpolitische Leistungen Einfluss auf das Fertilitätsverhalten ausüben.

Die historische Betrachtung des Fertilitätsverhaltens in Kapitel II zeigt, dass die Kinderlosigkeit kein neues Phänomen unserer heutigen Zeit darstellt, dies ist weitestgehend in der historischen Fertilitätsforschung belegt. Noch Anfang des 19. Jahrhunderts standen den hohen Geburtenraten hohe Säuglings- und Kindermortalitätsraten gegenüber. Maßnahmen der Geburtenkontrolle, wenn auch auf eine andere Art und Weise als heute, fanden schon zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert Anwendung. Als demographische Ausnahme gilt der Kinderreichtum im 19. Jahrhundert. Eine Veränderung des Fertilitätsverhaltens fand im 20. Jahrhundert auch durch die zunehmende Individualisierung und die Autonomiebestrebungen statt und zudem herrschte eine hohe regionale Varianz der Fertilitätsraten. Der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aufkommende Bevölkerungsdiskurs wurde maßgeblich von dem malthus'istischen Bevölkerungsgesetz beeinflusst und fand seinen Höhepunkt in den rassenhygienischen Vorstellungen des nationalsozialistischen Gedankenguts. Danach setzte sich das Recht auf ein selbstbestimmtes Fortpflanzungsverhalten langsam durch.

Die in Kapitel III ausgewählten Fertilitätstheorien aus dem Lebenslaufkonzept der evolutionären Anthropologie, der ökonomischen und der soziologischen Ansätze stellen eine Vielzahl an möglichen reziprok wirkenden Einflussfaktoren dar. So wirken sich hauptsächlich:

- die materiellen Kosten
- der emotionale Aufwand
- die Bemühungen, die betrieben werden müssen, um außerfamiliäre Aktivitäten zu ermöglichen
- die im Vordergrund stehende Optimierung der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern
- die Anforderungen an Mutter- bzw. Elternschaft durch soziale Normen und Leitbilder

negativ aus und stellen teilweise die Ursachen der niedrigen Fertilitätsrate dar beziehungsweise erklären das Verschieben der Erstgeburt nach hinten. Ebenso wirkt sich das Streben nach Individualität und größtmöglicher Autonomie aus. Die nicht revidierbaren Verpflichtungen einer Elternschaft werden zugunsten der individuellen Entscheidungsfreiheit vermieden. Sich

für Elternschaft zu entscheiden, heißt langfristige Bindungen einzugehen, ohne die Kosten exakt dafür berechnen zu können. Ebenso wenig sind die Risiken, die damit verbunden sind, über einen so langen Zeitraum abzusehen. Die statistische Darstellung weist hohe regionale Differenzen im Geburtenverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland auf. Der derzeitige stagnierende Wert der Periodenfertilität von 1,36 gilt dabei für Gesamtdeutschland. Der Kohortenwert der um 1965 geborenen Frauen, deren reproduktiver Zyklus weitgehend abgeschlossen ist, weist jedoch einen Wert von 1,5 bis 1,6 auf. Neue Berechnungen des Max-Planck-Institutes gehen von einer Trendwende ab den 1970er Jahren geborenen Frauen aus und erwarten einen Anstieg der Geburtenzahlen. Hier zeigt sich am deutlichsten, dass die Kinderlosigkeit kein neues Phänomen der heutigen Zeit darstellt, sondern dass der Anteil der auf Lebenszeit kinderlosen Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts teilweise höher war. Aus demographischer Sicht sind zwei Ursachen für die niedrige Fertilität verantwortlich: zum einen die rückläufige Anzahl der Drei-und-mehr-Kinder-Familien, mit einem Wert der 1940er Kohorte von 32 Prozent für Westdeutschland und 24 Prozent für Ostdeutschland; zum anderen der steigende Anteil der kinderlosen Frauen, durch einen konstanten Anstieg ab der 1940er Kohorte. Die statistischen Betrachtungen haben ebenso die höhere Kinderlosigkeit mit 30,9 Prozent bei den hoch qualifizierten Frauen in Westdeutschland ergeben. In Ostdeutschland sind diese Werte weniger signifikant.

Der Staat gibt grundsätzlich die Rahmenbedingungen für den Lebensverlauf vor, durch zum Beispiel festgelegte Schulzeiten, Ausbildungszeit, Erwerbszeiten und Rentenzeiten und nimmt somit eine monopolistische Stellung ein. Im IV. Kapitel wurde deutlich, dass Familienpolitik Effekte bei Fertilitätsentscheidungen erzielen kann. Wird von einer Erhöhung des Kindergeldes ausgegangen, so ergibt sich lediglich bei den gering qualifizierteren Frauen ein positiver Effekt auf die Fertilität. Wird jedoch der Ausbau der Betreuungsplätze um 10 Prozent vorangetrieben, so steigt die Wahrscheinlichkeit eines potenziellen Fertilitätsanstiegs um circa 2,4 Prozent und im Folgejahr circa um 3,5 Prozent.

Daraus ergeben sich weitergehende offene Forschungsfragen, z. B. nach den Auswirkungen der Erhöhung der Fertilitätsraten, die einerseits seit den 1970er Jahren auf diesen niedrigen Niveau stagnieren und einer andererseits ständig steigenden Weltbevölkerung, die der Erforschung bedürfen.

Anlagen

Anlage 1: Gesamtgesellschaftlicher Rahmen des zweiten demographischen Übergangs

	Strukturelle Ebene	Kulturelle Ebene	Technologie
Gesamtgesellschaftliche Dimensionen/ Prozesse	Entwicklung der post-industriellen Gesellschaft: -hoher Lebensstandard/ hohes Konsumniveau -ausgebauter Sozialstaat -hohe strukturelle Komplexität und funktionale Differenzierung -hohe Mobilität -erhöhtes Bildungsniveau -verstärkte weibliche Partizipation	‘Post-moderne Werte‘ (‘silent revolution‘ nach Inglehart): -starke Konsumorientierung -Betonung individueller Wahlfreiheit -erhöhter Wertpluralismus -institutionalisierte demokratische Werte -verstärkte Säkularisierung -Betonung immaterieller Werte	‘Zweite kontra-rezeptive Revolution‘: -effiziente Verhütungsmittel -neue Reproduktionstechnologien -moderne Transportmittel -verbesserte Kommunikation/ Massenmedien -ausgebaute Gesundheitstechnologie
Sekundäre Gruppen	-Entwicklung breiter Mittelschichten -Machtverlust traditioneller Interessengruppen -Entstehung neuer Aktionsgruppen	-verringerte normative Kontrolle von Institutionen -multiple Orientierungen	-rapide Informationsverbreitung -allgemeiner Zugang zu Informationskanälen
Primärgruppen (Familie/ Paare)	-Entstehung ‘alternativer Lebensstile’ -erhöhte Opportunitätskosten von Ehe und Kindern -verstärkte Independenz der Partner -verschärfte berufliche familiäre Rollenkonflikte	-normative Toleranz gegenüber neuen Lebensformen/ Kinderlosigkeit	-Möglichkeit der perfekten Kontrazeption versus -Option des Gebrauchs von Reproduktionstechnologien
Individuen	-verstärkte Bedeutung von Bildung für sozialen Platzierung -komplexe Rollenerwartungen -erwartete Flexibilität -intergenerationelle Unabhängigkeit	-Betonung von Selbstverwirklichung -individueller Lebensstil -diffuse und widersprüchliche Verhaltensnormen	-kontrazeptives Verhalten als individuelle Entscheidung -individuelle Verantwortung

Anlage 2: Der Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert

Die in Anlehnung an Etzemüller zitierten Thesen von Herman Lundborg, einem schwedischen Rassentheoretiker, die Etzemüller als „*Credo des Bevölkerungsdiskurses im 20. Jahrhundert*“ (Etzemüller 2007, 38) bezeichnet:

1. „Ein gutes **Volksmaterial** ist der größte Reichtum eines Landes. Die Qualität des Volksmaterials hängt im höchsten Grad von der Beschaffenheit der Erbmasse ab. Die ist verschieden bei unterschiedlichen Völkern.
2. **Erblichkeit und Auswahl** sind die ersten Kräfte, die das Leben in der Welt beherrschen. Die **Umwelt** hat sicherlich auch ihre unbestreitbare Bedeutung, obgleich sie nicht vermag, neue Aufgaben zu schaffen, sondern nur die Wirkungen bereits befindlicher in die eine oder andere Richtung modifizieren kann.
3. **Das Leben der Geschlechter und des Volkes** ist, wie das der einzelnen Individuen, **strenger Gesetzmäßigkeit unterworfen**. Es gehört zu den allerersten Aufgaben eines Kulturvolkes, die biologischen Naturgesetze gewissenhaft zu erforschen und dann die gesellschaftlichen Verhältnisse dementsprechend zu regeln und zu ordnen. Brechen wir sie, müssen wir selbst die Folgen tragen: Wir entarten und gehen unter. Diese Gesetze sind freilich nicht ausschließlich gestrenge Rächer. Recht verstanden und angewendet, sind sie eine reich sprudelnde Quelle für Veredelung und Fortschritt.
4. Es herrscht bei einem Teil der Kulturvölker unserer Zeit, auch bei uns, eine schreiende **Mißwirtschaft mit dem Volksmaterial**. Große und teilweise unersetzliche Werte gehen beunruhigend rasch verloren. Sie können keineswegs gleich schnell ersetzt werden, wie sie verschwinden.
5. Viele Ursachen wirken hieran mit. Die wichtigsten dürften sein: sinkende Nativität in der Mittelklasse (in der Landbevölkerung), die eine größere Rassenkraft als die übrigen Gesellschaftsschichten hat, Krieg, Großindustrie, hastig geschehende Rassenmischung zwischen rassenbiologisch gesehen allzu ungleichwertigen Völkern, Luxus und die Anbetung des Mammon mit folgender Sittenverderbnis usw.
6. **Das 0-1-2-Kindsystem**, das in den wertvolleren Volksschichten praktiziert wird, während die schlechteren und minderwertigeren Bodenschichten sich relativ stark vermehren, muß zu einer Verschlechterung der Rasse und Entartung des Volkes führen. Die vermögenden Klassen, besonders deren Frauen, weisen eine immer größere Neigung auf, sich ohne triftige Gründe der Elternschaft zu entziehen. Sie verletzen hiermit

ihre Pflichten ihrem eigenen Volk gegenüber. Der ausgeprägte Individualismus unserer Zeit, die hohen Ansprüche an das Leben und damit einhergehend eine entschiedene Überschätzung der umgestaltenden Kraft der Umwelt und der Erziehung sind wichtige Ursachen dafür. Die Öffentlichkeit des Landes und die Politik tragen eine reichliche Schuld.

7. **Industrie und Wirtschaft** beanspruchen, wenigstens zeitweise, vermehrte und neuere Arbeitskraft. Auf Grund der zu niedrigen Nativität im eigenen Land, z. B. in Frankreich und bald auch bei uns, müssen fremde Volkselemente schlechter Rassen gerufen werden, teils in dieser Absicht, teils um das Land gegen äußere Feinde zu verteidigen. Ein ähnlicher Zustand herrschte im alten Rom während dessen Niedergang. Es entstehen Rassenmischungen, die zu einem Mischvolk von schlechter Beschaffenheit führen. Das zerstört früher oder später die alte Kultur des Landes. Chaos und Anarchie entstehen. Andere Völker drängen hinein, und schließlich wird das ältere Kulturvolk ausgelöscht.
8. **Es liegt sicherlich im Rahmen des Möglichen, ernsthaft den Kampf gegen die drohenden und Verderben bringenden Faktoren aufzunehmen.** Das setzt allerdings voraus, daß alle guten Bürger in einem Land, unabhängig von sozialen, politischen und religiösen Standpunkten, ihre Kräfte vereinen und für ein verheißungsvolles, gemeinsames Ziel zusammenarbeiten, die Verteidigung des eigenen Volkes gegen innere Gesellschaftsauflösung und rassenentartende Tendenzen.
Hierzu sind guter Wille und Zusammenhalt, wirtschaftliche Opferbereitschaft, bessere Moral samt wahrer Menschenliebe gefordert.“ (Etzemüller 2007, 38, 39, Herv. d. A. S.)

Anlage 3 : Einflussfaktoren

Abb. 13: Einflussfaktoren auf das Fertilitätsverhalten⁵⁷



Quelle: Hülkamp 2005, 38

Die Abbildung verdeutlicht die reziproke Komplexität der Einflussfaktoren auf das Fertilitätsverhalten. (vgl. Hülkamp 2005, 38)

⁵⁷ Anmerkung: „Ringe mit fett gedruckter Schrift stellen direkte Einflussfaktoren dar, Ringe mit normaler Schrift wirken auf diese direkten Einflussfaktoren.“ (Hülkamp 2005, 38)

Anhang 4: Empirische Studien mit kausaler Identifikation zur Wirkung von monetären Familienförderungsmaßnahmen

Autor	Land	Zeitraum	Reform/Identifikation	Datengrundlage	Treatment-Gruppe	Methode	Variablen von Interesse/Ergebnis
Eissa und Liebmann (1996)	USA	1984-1986, 1988-1990	Earned Income Tax Credit (EITC)	Current Population Survey (CPS)	Alleinerziehende Mütter	DiD	Beschäftigung: Positiver Effekt Arbeitsstunden: Kein Effekt
Meyer und Rosenbaum (2001)	USA	1984-1996	EITC und andere	CPS	Alleinerziehende Mütter	DiD, strukturelles Modell	Beschäftigung: Positiver Effekt
Eissa und Hoyes (2004)	USA	1984-1996	EITC	CPS	Verheiratete Eltern	DiD	Beschäftigung: Negativer Effekt für ganze Familie, dabei negativer Effekt für Mütter, Leicht positiver Effekt für Väter
Hotz, Mullin und Scholz (2006)	USA	1991-2000	EITC	California's Medical Eligibility Data System (MEDS)	Familien mit Transferbezug	DiD	Erwerbsbeteiligung von Familien: Positiver Effekt von Zwei-Kind-Familien im Vergleich zu Ein-Kind-Familien; sonst keine Effekte
Baughman und Dickert-Conlin (2003, 2009)	USA	1990-1999	EITC	Geburtsurkunden mit Angabe des Bundesstaates	Alle Mütter	Gewichtete Kleinste-Quardate-Regression	Fertilitätsrate: Keine klaren Effekte
Francesconi und van der Klaauw (2007)	GB	1991-2001	Working Families' Tax Credit (WFTC)	British Household Panel Survey (BHPS)	Alleinerziehende Mütter	DiD	Beschäftigung: Positiver Effekt Arbeitsstunden: Uneindeutig Kinderbetreuung: Erhöhte Inanspruchnahme Partnerschaft: Weniger Neufindungen Fertilität: Negativer Effekt
Gregg et al. (2009)	GB	1991-2001	WFTC	BHPS	Alleinerziehende Mütter	DiD	Beschäftigung: Positiver Effekt Arbeitszeit: Positiver Effekt für Teilzeitbesch., negativer Effekt für Vollzeitbesch. Mentale Gesundheit von Müttern und Kindern: Positiver Effekt
Francesconi, Rainer und van der Klaauw (2009)	GB	1991-2002	WFTC	BHPS	Verheiratete Mütter und Väter	DiD	Beschäftigung: Mütter mit Partnern mit niedrigem Einkommen: Positiver Effekt Sonst: Keine Effekte Geburtenrate: Keine Effekte Trennungsrate: Paare mit niedrigem

Blundell, Brewer, Shephard (2005)	GB	1996-2002	WFTC	Labor Force Survey (LFS), Family Resources Survey (FRS)	Alleinerziehende und Elternpaare	DiD	Einkommen des Mannes: Positiver Effekt Beschäftigung: Alleinerziehende Mütter: Positiver Effekt Elternpaare: Mütter: Kein Effekt Väter: Leicht negativer Effekt
Brewer, Ratcliffe und Smith (2010)	GB	1998-2002	WFTC		Paare mit niedrigem Einkommen	DiD	Geburtenrate: Positiver Effekt, am stärksten bei Erstgeburten und bei Frauen in Partnerschaft
Stancanelli (2008)	FR	1999-2002	PPE	French Labor Force Survey (LFS)	Frauen und Haushalte mit niedrigem Einkommen	DiD	Beschäftigung: Unverheiratete Frauen: Positiver Effekt Verheiratete Frauen: Negativer Effekt
Tamm (2010)	D	1993 - 1997	Kindergeld	Mikrozensus	Mütter mit Kindern über 6 Jahre mit erwerbstätigem Partner	DiD	Beschäftigung: Kein Effekt Arbeitszeit: Negativer Effekt

Quelle: Rainer, Bauernschuster, Danzer u. a. 2012, 40 ff.

Anhang 5: Zusammenstellung von internationalen Studien zu den Effekten der Kinderbetreuung

Autor	Land	Zeitraum	Reform/ Identifikation	Alter der betroffenen Kinder	Methode	Ergebnis
Baker et al. (2008)	Kanada (Quebec)	1997-2003	kostengünstige Betreuung eingeführt	0-5 Jährige	DiD	Günstige Kinderbetreuungsangebote haben <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit von Müttern; <i>negativer</i> Effekt auf non-kognitive Fähigkeiten der Kinder
Berger und Black (1992)	USA (Kentucky)	1991-1993	Betreuungssubvention für berufstätige Mütter	-	Vergleichsgruppenansatz	Subventionierte Kinderbetreuung hat <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbsbeteiligung von alleinerziehenden Müttern; keine Effekte auf Anzahl geleisteter Arbeitsstunden
Berlinski und Galiani (2007)	Argentinien	1994 - 2000	175 000 neue kostenlose Vorschul-Plätze	3-5Jährige	DiD	Ausbau von Vorschul-Plätzen hat <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbstätigkeit von Müttern
Blau und Robins (1989)	USA	1980	regionale Unterschiede in Betreuungskosten	-	Multivariate Regression	Höhere Betreuungskosten haben <i>keinen Effekt</i> auf Fertilität von erwerbstätigen Frauen und <i>negative</i> bei nicht erwerbstätigen Frauen; sie verringern die Erwerbsbeteiligung
Blau und Tekin (2007)	USA	1999	regionale Unterschiede in Betreuungssubventionen	-	IV	Öffentlich geförderte Kinderbetreuung hat <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbsbeteiligung von alleinerziehenden Müttern
Cascio (2009)	USA	1950-1990	kostenlose Kindergartenplätze	5-Jährige	DiD	Einführung kostenloser Kindergärten hat <i>keinen Effekt</i> auf Erwerbstätigkeit von verheirateten Müttern; <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbstätigkeit von alleinerziehenden Müttern
Del Boca (2002).	Italien	1991-1995	Regionaler Anstieg des Betreuungsangebots	-	Fixed effects	Angebot an Krippenplätzen hat <i>positiven</i> Effekt auf Fertilität und Arbeitsangebot
Fitzpatrick (2010)	USA (Georgia und Oklahoma)	2000	Stichtagsregelung	4-Jährige	RDD	Einführung kostenloser Kindergärten hat <i>keinen</i> Effekt auf Erwerbstätigkeit von Müttern; <i>positive</i> Effekte in ländlichen Regionen

Gelbach (2002)	USA	1980	Stichtagsregelung	5-Jährige	IV	Kindergartenbesuch hat <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbsbeteiligung von Müttern
Havnes and Mogstad (2011)	Norwegen	1970er	freier Zugang zu Kindergarten	3-6Jährige	DiD	Subventionierte Kinderbetreuung hat <i>keinen</i> Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Müttern
Lefebvre and Merrigan (2008)	Kanada (Quebec)	1997-2002	kostengünstige Betreuung eingeführt	1-5Jährige	DiD	Günstige Kinderbetreuungsangebote haben <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit von Müttern
Lundin et al. (2008)	Schweden	2002	Preisobergrenze für Betreuungsplätze	1-9Jährige	DiD	Preisrückgang für Kinderbetreuung hat <i>keinen</i> Effekt auf Erwerbsbeteiligung von Frauen
Mörk et al. (2009)	Schweden	2002	Preisobergrenze für Betreuungsplätze		DiD	Preisrückgang für Kinderbetreuung hat <i>positiven</i> Effekt auf Geburtenrate
Schlosser (2007)	Israel	1999	kostenlose Vorschule eingeführt	3-4Jährige	DiD	Einführung kostenloser Kindergärten hat <i>positiven</i> Effekt auf Erwerbsbeteiligung arabischer Mütter; keine Effekte auf das Geburtenverhalten
Wong und Levine (1992)	Mexiko	1982	-	-	Multivariate Regression	Betreuungsalternativen innerhalb des Haushalts haben keinen Effekt auf Fertilität, aber positiven Effekt auf Arbeitsmarktbeteiligung

Quelle: Rainer, Bauernschuster, Auer u. a. 2011, 24 ff.

Literaturverzeichnis

Academic (2010): „*Politische Arithmetik*“.

Online verfügbar unter:

<http://de.academic.ru/dic.nsf/conversations/29664/Politische>

(Stand: 01.06.2013)

Bähr, Jürgen/ Jentsch, Christoph/ Kuls, Wolfgang (1992): „*Lehrbuch der allgemeinen Geographie. Bevölkerungsgeographie*“. 1. Aufl., Berlin, New York: de Gruyter

Berlin-Institut (2012): „*Demographischer Übergang*“.

Online verfügbar unter:

<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/demografischeruebergang.html>

(Stand: 15.04.2013)

BIB - Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2012):

„*Bestandserhaltungsniveau*“.

Online verfügbar unter:

http://www.bibdemografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/B/bestandserhaltungsniveau.html;jsessionid=D26900E3DFF9A2CA07940E904B96F1CE.2_cid284?nn=3073512

(Stand: 29.03.2013)

„*Zusammengefasste Geburtenziffer*“.

Online verfügbar unter:

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/Z/zusammengefasste_geburten-ziffer.html?nn=3073512

(Stand: 29.03.2013)

„*Endgültige Kinderzahl*“.

Online verfügbar unter:

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/E/endgueltige_kinderzahl.html?nn=3073512

(Stand: 29.03.2013)

„*Nettoreproduktionsziffer*“.

Online verfügbar unter:

http://www.bib-demograberfie.de/DE/Service/Glossar/_Functions/glossar.html?lv2=3071708&lv3=3073622

(Stand: 27.05.2013)

„*Zusammengefasste Geburtenziffer Ost- und Westdeutschland*“.

Online verfügbar unter:

http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Abbildungen/a_06_08_zusgef_geburtenziffer_w_o_1945_2010.html?nn=3073508

(Stand: 11.06.2013)

„Endgültige Kinderzahl je Frau“.

Online verfügbar unter:

http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Abbildungen/a_06_11_endg_kinderzahl_geburtsjahrgaenge_1933_1969_w_o_2010.html?nn=3073508
(Stand: 11.06.2013)

„Nichtehelichenquote für West- und Ostdeutschland“.

Online verfügbar unter:

http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Abbildungen/a_06_04_nichtehelichenquote_w_o_1946_2010.html?nn=3073508
(Stand: 13.06.2013)

BMFSFJ - Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2013):

„Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen des Staates im Jahr 2010“.

Online verfügbar unter:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/familienbezogene-leistungen-tableau-2010,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>
(Stand: 15.06.2013)

BMFSFJ - Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2012):

„Familienreport 2011 - Leistungen, Wirkungen, Trends“.

Online verfügbar unter:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienreport-2011,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>
Stand: (15.06.2013)

Boll, Christina/ Bonin, Holger/ Gerlach, Irene/ Hank Karsten/ Laß, Inga/ Nehrkorn-

Ludwig, Marc-André/ Reich, Nora/ Reuß, Karsten/ Schnabel, Reinhold/ Schneider, Ann Kristin/ Stichnoth, Holger/ Wilke, Christina B. (2013): „Gutachten: Geburten und Kinder-wünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen“. Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut

Online verfügbar unter:

<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/TeilstudieFertilitaet2013.pdf>
(Stand: 16.06.2013)

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2013): „Aufgaben“.

Online verfügbar unter:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Ministerium/aufgaben.html>
(Stand: 15.06.2013)

Destatis – Statistisches Bundesamt (2013): „Zusammengefasste Geburtenziffer“.

Online verfügbar unter:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Thema/Erlaeuterungen/ZGeburtenziffer.html>
(Stand: 03.04.2013)

Dettmer, Markus/ Hülsen, Isabell/ Müller, Peter/ Neubacher, Alexander/ Sauga, Michael/ Tietz, Janko (2013): „*Ehegattensplitting und Kindergeld. Größte Flops der Familien politik*“. In: Der Spiegel, Nr. 6/ 4.2.2013 S. 24

Deutsche Gesellschaft für Psychologie (2013): „*Entwicklungspsychologie*“.

Online verfügbar unter:

<http://www.dgps.de/fachgruppen/entwicklungs/>

(Stand: 12.05.2013)

Duden (2013): „*Eugenik*“.

Online verfügbar unter:

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Eugenik>

(Stand: 25.05.2013)

Ehmer, Josef (2004): „*Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie. 1800-2000*“. Oldenbourg, München: Wissenschaftsverlag GmbH

Ehmer, Josef/ Ehrhardt, Jens/ Kohli, Martin (2012): „*Fertilität in historischer Perspektive*“. In: Stock, Günther/ Bertram, Hans/ Fürnkranz-Prskawetz, Alexia/ Holzgreve, Wolfgang/ Kohli, Martin/ Staudinger, Ursula M. (Hg.): „*Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*“. 1. Aufl., Verlag: Campus, Frankfurt am Main und New York

Ehrhard, Jens/ Huinink, Johannes/ Kohli, Martin (2012): „*Theorien der Fertilität*“.

In: Stock, Günther/ Bertram, Hans/ Fürnkranz-Prskawetz, Alexia/ Holzgreve, Wolfgang/ Kohli, Martin/ Staudinger, Ursula M. (Hg.): „*Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*“. 1. Aufl., Verlag: Campus, Frankfurt am Main und New York

Etzemüller, Thomas (2007): „*Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert*“. Bielefeld: Transcript Verlag

Fürnkranz-Prskawetz, Alexia/ Jaschinski, Ina/ Kreyenfeld, Michaela/ Sobotka, Tomáš/ Philipov, Dimiter/ Bernadi, Laura/ Goldstein, Joshua, R./ Zeman, Kryštof (2012): „*Demographische Analyse der Fertilitätsentwicklung*“. In: Stock, Günther/ Bertram, Hans/ Fürnkranz-Prskawetz, Alexia/ Holzgreve, Wolfgang/ Kohli, Martin/ (Hg.): „*Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*“. 1. Aufl., Verlag: Campus, Frankfurt am Main und New York

Gabler Wirtschaftslexikon (2013):

„*Definition Fertilität*“.

Online verfügbar unter:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/fertilitaet.html#definition>

(Stand: 9.03.2013)

„*Urbanisierung*“.

Online verfügbar unter:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/urbanisierung.html>

(Stand: 23.05.2013)

- Haan, Peter/ Wrohlich, Katharina (2010):** „*Kinderbetreuung versus Kindergeld: Sind mehr Geburten und höhere Beschäftigung möglich?*“. In: Wochenbericht der DIW Berlin Nr. 30/2010
Online verfügbar unter:
http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.358724.de/10-30-1.pdf
(Stand 14.07.2013)
- Harten, Hans-Christian/ Neirich, Uwe/ Schwerendt, Matthias (2006):** „*Rassenhygiene als Erziehungsideologie des Dritten Reichs – Bio-bibliographisches Handbuch*“. Berlin: Akademie Verlag GmbH
- Höpflinger, Francois (1997):** „*Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in demographische Prozesse und in bevölkerungssoziologische Ansätze*“. 1. Aufl., Weinheim und Basel: Juventa
- Höpflinger, Francois (2012):** „*Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in demographische Prozesse und in bevölkerungssoziologische Ansätze*“. 2. Aufl., Weinheim und Basel: Juventa
- Hülkamp, Nicola Elke (2005):** „*Ursachen niedriger Fertilität in hoch entwickelten Staaten. Soziologische, ökonomische und politische Einflussfaktoren*“. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln
Online verfügbar unter:
http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CC8QFjAA&url=http%3A%2F%2Fkups.ub.uni-koeln.de%2F1794%2F1%2FDissertation_Huelskamp_elektronische_Druckfassung.pdf&ei=gPPFUf7ZLI754QTU7IG4CQ&usg=AFQjCNFIzjb77nHCJFB_E03_QYP7Jhyrxw&bvm=bv.48293060,d.bGE
(Stand: 20.05.2013)
- Krätschmer-Hahn, Rabea (2012):** „*Kinderlosigkeit in Deutschland. Zum Verhältnis von Fertilität und Sozialstruktur*“. 1. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Linksdemografie (2013):** „*Idealtypischer Verlauf demographischer Übergang*“
Online verfügbar unter:
http://www.linksdemografie.de!/demografie/bevoelbeweg/transition/tran_1.html
(Stand: 29.05.2013)
- Max-Planck-Institut (2011):** „*Mehr Geburten in Deutschland: 1,6 Kinder pro Frau*“
Online verfügbar unter:
http://www.mpg.de/4409714/steigende_geburtenrate_in_deutschland (15.04.2013)
(Stand: 11.06.2013)
- Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie (2013):** „*Evolutionäre Anthropologie*“
Online verfügbar unter:
<http://www.eva.mpg.de/german/index.html>
(Stand: 19.05.2013)

Nauck, Bernhard (2001): „*Der Wert von Kindern für ihre Eltern*“. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Band 53, Ausgabe 3, pp 407-435
Online verfügbar unter:
<http://link.springer.com/article/10.1007/s11577-001-0073-7>
(Stand: 06.06.2013)

Prognos AG - Geschäftsstelle der Gesamtevaluation ehe-und familienbezogener Leistungen (2012): „*Wissenschaftliches Symposium zur Gesamtevaluation ehe-und familienbezogener Leistungen*“, Berlin
Online unter:
<https://s3.amazonaws.com/s3.documentcloud.org/documents/591968/symposium-gesamtevaluation.pdf>
(Stand: 15.06.2013)

Rainer, Helmut/ Bauernschuster, Stefan/ Auer, Wolfgang/ Danzer, Natalia/ Hener, Timo/ Holzner, Christian/ Reinkowski, Janina/ Hancioglu, Mine/ Hartmann, Bastian/ Ott, Notburga/ Werding, Martin (2011): „*Forschungsbericht: Kinderbetreuung*“. München: ifo Institut - Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. Forschungsbereich Sozialpolitik und Arbeitsmärkte
Online verfügbar unter:
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=197418.html>
(Stand: 16.06.2013)

Rainer, Helmut/ Bauernschuster, Stefan/ Danzer, Natalia/ Hener, Timo/ Holzner, Christian/ Reinkowski, Janina (2013): „*Forschungsbericht: Kindergeld*“. München: ifo Institut. Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V., Forschungsbereich Sozialpolitik und Arbeitsmärkte
Online verfügbar unter:
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=197906.html>
(Stand: 15.06.2013)

Seyda, Susanne (2007): „*Der Einfluss von Familienpolitik auf das Geburtenverhalten im internationalen Vergleich*“. Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Online verfügbar unter:
http://www.young-demography.org/docs/07_seyda_einfluss.pdf
(Stand: 06.06.2013)

Statistisches Bundesamt (2012): „*Geburtenziffer*“.
Online verfügbar unter:
https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_Geburtenziffer.html#AnkerEuropa
(Stand: 02.04.2013)

Statistisches Bundesamt (2013): „*Geburtenziffer*“.
Online verfügbar unter:
https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_Geburtenziffer.html#AnkerEuropa
(Stand: 11.06.2013)

Stock, Günther/ Bertram, Hans/ Fürnkranz-Prskawetz ,Alexia/ Holzgreve, Wolfgang/ Kohli, Martin/ Staudinger, Ursula M. (Hg.) (2012): „*Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz.*“
1. Aufl., Verlag: Campus, Frankfurt am Main und New York

Uni Protokolle (2013): „*Demographischer Übergang – Variables Modell*“.

Online verfügbar unter:

http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Demografischer_%DCbergang.html

#Variables_Modell

(Stand: 29.05.2013)

Universal Lexikon (2012): „*Politische Arithmetik*“.

Online verfügbar unter:

http://universal_lexikon.deacademic.com/286525/politische_Arithmetik#sel=5:20,5:33

(Stand: 01.06.2013)

Weingart, Peter (2012): „*Ist Sarrazin Eugeniker?*“. In: Haller, Michael/ Niggeschmidt, Martin (Hg.): „Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz. Von Galton zu Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik“. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer VS

Online verfügbar unter:

http://www.von-galton-zu-sarrazin.de/images/Inhalt/grafik_weingart_small.jpg

(Stand: 25.05.2013)

Erklärung zur Selbstständigen Anfertigung der Arbeit

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Stollberg, 24.06.2013